Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 208. Freitag, den 5. September 1913. 20. Jahrg.

Hierzu 1 Beilage und „Die Neue Welt"

Das infame System.

Am letzten Montag haben in einer Berliner Versammlung einige Tausend preußische Eisenbahner für ein einheitliches Staatsarbeiterrecht demonstriert. In der Liste der Redner findet man nur die Namen nationalliberaler und fortschrittlicher Abgeordneter. Man erinnert sich, daß in früheren Jahren auch sozialdemokratische Landtagsabgeordnete an derartigen Veranstaltungen teilnahmen und zum Gegenstand stürmischer Sympathiekundgebungen wurden. Im letzten Jahre wurde aber dem anwesenden Vertreter der sozialdemokratischen Landtagsfraktion zu verstehen gegeben, daß die Eisenbahner sich nicht erlauben können, einem Mitgliede der äußersten Linken zuzuhören und zuzustimmen, ohne den schwersten Maßregelungen zu verfallen. Und so blieb diesmal die sozialdemokratische Fraktion der Versammlung ferne, obwohl sie weiß, daß neun Zehntel der Versammlungsbesucher ihr Erscheinen freudig willkommen geheißen hätte.

Dieser Vorgang lenkt wieder einmal die Augen der Welt auf die Schmach der preußischen Zustände. Gegen eine Versammlung, wie die Berliner, wäre nicht das mindeste einzuwenden, wenn man annehmen könnte, daß die Teilnehmer wirklich Anhänger jener Politiker wären, die sie als einzige zu sich zu Gaste laden durften. Aber glaubt ein Mensch auf der Welt, daß die dreitausend Arbeiter, die sich in Berlin versammelten, wirklich Liberale, Nationalliberale sind? Selbstverständlich stecken sie bei jeder geheimen Wahl den roten Stimmzettel in die Urne, selbstverständlich besteht ein erheblicher Teil von ihnen aus stillen, darum aber doch nicht weniger leidenschaftlichen Sozialdemokraten. Aber diesen Leuten ist verboten, sich öffentlich zu den Gesinnungen zu bekennen; die sie wirklich hegen. Wer seine Ueberzeugung laut ausspricht, wird auf die Straße gesetzt. Ja, nicht einmal leise dürfen sie sagen, was sie denken, denn ein Heer von Spitzeln sucht sie bis in ihre geheimsten Seelenregungen hinein zu beobachten, nicht einmal Zeitungen, die ihre Interessen vertreten, dürfen sie lesen, nicht einmal politische Versammlungen dürfen sie besuchen — — wobei freilich als elftes der preußischen zehn Gebote immer das wichtigste seine Geltung behält: Du darfst dich nicht erwischen lassen!

So behandelt der preußische Staat Hunderttausende erwachsener Männer. Er zwingt sie, ihrer Frau und ihren Kindern zuliebe, ihre Ueberzeugung zu verbergen, er befiehlt ihnen, Heuchler zu sein, indem er ihnen eine bescheidene und demütige Vertretung ihrer Interessen nur dann gestattet, wenn sie sich ein fremdes Mäntelchen anhängt. Ach freilich, am liebsten würde man selbst Nationalliberale nicht zu preußischen Staatsarbeitern sprechen lassen, am liebsten würde man ihnen ganz verbieten, gegenüber der behördlichen Willkür auch nur ein Zipfelchen Recht zu fordern, ein Staatsarbeiterrecht nämlich, bei dem das Streikrecht von vornherein ausgeschaltet ist! Aber das kann man nicht! Man kann den Staatsarbeitern nicht mehr sagen, ihr seid bloß dazu da, Spalier zu bilden und Hurra zu schreien, und man kann nicht Nationalliberale und Fortschrittler mit der Sozialdemokratie zusammen unter das gleiche Ausnahmegesetz stellen. Auf diese Weise aber verschwindet jeder Rest von Ehrlichkeit. Würde man den Eisenbahnern jede Zeitungslektüre, jeden Versammlungsbesuch, jede Art der politischen Betätigung verbieten, so wäre das, wie brutal es auch immer sein mag, wenigstens aufrichtig. Wenn man ihnen sagt: ihr dürft euch politisch betätigen, bloß nicht in der Richtung, die euren Interessen und euren Ueberzeugungen entspricht, so ist das um kein Haar weniger brutal, es ist nur verlogener.

Dieses infame System macht die preußisch-deutschen Zustände in der ganzen Welt zum Gegenstand des Mitleids, um nicht zu sagen, der Verachtung. Wenn jüngst auf dem Londoner Internationalen Transportarbeiterkongreß der Italiener Ciardi den phantastischen Plan erörterte, den deutschen Kameraden durch einen internationalen Sympathiestreik ihre Menschenrechte zu erobern, so mag man im ersten Augenblick über syndikalistische Verstiegenheit lächeln. Aber das Lächeln erstirbt und ein heißes Gefühl der Schmach wallt auf, wenn man sieht, wie hier der preußisch-deutschen Schande vor aller Welt der Spiegel vorgehalten wird. Die Deutschen haben keine Freiheit der Rede, ruft der Italiener Ciardi, „keine Freiheit der Versammlung und der Vereinigung! . . . Wenn durch diesen Kongreß bekannt würde, unter welchen Verhältnissen die deutschen Arbeiter arbeiten müssen, so würden die Eisenbahner der ganzen Welt aufgerüttelt werden!"

Was soll man als Deutscher darauf entgegnen? Soll man antworten: „Wir lieben die Peitsche, mit der wir geschlagen werden, denn es ist eine monarchische Peitsche! Wir verehren die Ketten, mit denen man uns fesselt, denn es sind nationale Ketten?" Oder dürfte sich einer hinstellen und sagen: „Das ist nicht wahr?" Es ist doch wahr, dagegen hilft nichts, es ich doch wahr, daß sich die Deutschen vom preußischen System etwas bieten lassen, was sich kein anderes zivilisiertes Volk mehr gefallen läßt.

Ja, das ist freilich richtig: auch in anderen Ländern haben die Eisenbahner viel Arbeit und ein kümmerliches Auskommen, vielleicht — warum sollte man es leugnen? — sind da oder dort die Löhne um ein paar Pfennige niedriger, gibt es keine Pensionsansprüche und so weiter. Aber diese Erkenntis sollte dem „idealistischen" deutschen Volk am wenigsten fehlen, daß es etwas gibt, was noch wichtiger ist, als das täglich Brot, nämlich das Recht der Persönlichkeit, die staatsbürgerliche Freiheit. Und böte der preußische Dreiklassenstaat seinen Arbeitern noch so große Schüsseln voll Brei, nie könnte er damit das Verbrechen gut machen, das er an ihnen begeht, indem er ihre Persönlichkeit niedertritt, ihre geistige Freiheit unterbindet!

Und nie wird ein ehrliebender Mensch aufhören dürfen, dieses infame System mit aller Inbrunst zu hassen, mit aller Leidenschaft zu bekämpfen, deren er fähig ist!

Politische Rundschau

Deutschland.

Aus der Reichsverbandsküche.

Reichsverbandsblätter veröffentlichen einen Artikel: „Die Pfründner der Arbeitergroschen". Es handelt sich dabei um einen alten Ladenhüter des braven Reichsverbandes, der von Zeit zu Zeit immer wiederkehrt, ohne daß man sagen könnte, daß seine Wirkung durch das Alter des Artikels gewonnen hätte. Um den Schein der Aktualität zu wahren, schwindelt der Reichsverband den uneingeweihten Lesern vor, sein Material stamme aus Aeußerungen, die in den Generalversammlungen der Berliner sozialdemokratischen Wahlvereine am 26. August d. Js. gefallen seien. Es wird da behauptet, daß „der Genosse Lucht, der in der Partei eine hervorragende Stellung einnimmt und verschiedene Vertrauensämter bekleidet", erklärt habe, es sei traurig, daß in der Partei alle Ideale fehlten. Diese Aeußerung des Genossen Lucht wird in die Generalversammlung des zweiten Kreises verlegt. Genosse Lucht gehört dem 1. Kreise an und hat im Hinblick auf den Widerstand gegen die Propagierung des Massenstreiks allerdings eine solche Aeußerung getan; sie hatte mit materiellen Fragen absolut nichts zu tun. Es handelte sich lediglich darum, die zögernden Parteigenossen zu größerem Kampfesmut anzufeuern. Die Reichsverbandssippe kann also wahrlich aus dieser Aeußerung keinen Honig für ihre Zwecke saugen.

Gemeiner wird die Reichsverbandsleitung, insofern sie einem Genossen Lehner — der angeblich wieder in der Generalversammlung des 2. Kreises gesprochen haben soll — Aeußerungen unterstellt, die natürlich glatt aus den Fingern gesogen sind. Genosse Lehner hat in der Generalversammlung des 4. Kreises zur Maifeier gesprochen und den Standpunkt eingenommen, dem vermutlich der Parteitag in Jena mit übergroßer Mehrheit beitreten wird: daß alle diejenigen Parteigenossen, die am 1. Mai feiern können, ohne Lohnausfall zu haben, einen Tageslohn für die Maifeier-Gemaßregelten abzugeben haben. Er bekämpft die Gegner eines solchen Verlangens und ließ in diesem Zusammenhang die Bemerkung fallen, die Angestellten seien Geschäftsmenschen geworden und besäßen keinen Idealismus mehr. Das war alles. Der Reichsverband läßt den Genossen Lehner von Zehntausenden Angestellten erzählen, die die Partei zu ernähren habe, für die jährlich dreieinhalb Millionen verausgabt würden usw. usw. Selbst wenn sich nicht einwandsfrei feststellen ließe, was Genosse Lehner gesagt hat, würde man allein an dieser Erzählung die ganze ekle Reichsverbandsmache erkennen. Der Schwindel von den verpraßten Arbeitergroschen gehört zu den wesentlichsten Kampfmitteln der Reichsverbandsstrategen, und er wird bestehen bleiben, solange es einen Reichsverband gibt. Daran wird auch nichts ändern, daß man das Lügengeschmeiß wiedereinmal auf frischer Tat ertappt und den Schwindel als solchen brandmarken kann.

Der verärgerte Hurra-Mob.

In einem Leitartikel der patriotischen „National-Zeitung" schreibt sich ein Hurraschreier seinen Aerger von der Leber über die polizeilichen Einschränkungen bei den letzten patriotischen Schaustellungen. Er verweist darauf, daß es besonders in Süddeutschland eine Anzahl Bundesfürsten gebe, die ohne polizeilichen Schutz sich unter ihren treuen „Untertanen" bewegen, ohne daß sie bisher eines Stahlhemdes unter der Lodenjoppe oder dem Uniformrock bedurft hätten:

„Zu Kelheim aber gings auf einmal nach einer andern Melodie. Da mußten „Schranken innegehalten" werden, gerade dort, wo es Schranken am allerwenigsten hätte geben dürfen. Bei einem Fest, das die Einheit zwischen Fürsten und Volk zeigen sollte, war das letztere dazu verurteilt, in wohlabgemessener Entfernung Staffage zu stehen."

Diese Neuerung habe man jetzt auch in Berlin bei der Herbstparade nachgemacht. Die Berliner Polizei habe in Absperrungen geschwelgt. Wenn die Menge sich zu einem militärischen Schaustück zahlreich einfinde, so beweise dies, daß sie ein lebhaftes Interesse für alle Dinge besitze, die mit der Armee zusammenhängen. Was aber soll der geduldige Steuerzahler, den man schmeichelnd umworben, wenn es sich um militärische Kosten handelt, in seiner harmlosen Schaulust denken, wenn er statt ein paar bunter Soldatenröcke nur die Kehrseiten der Schutzmannspferde zu sehen bekomme. Was ärgern, erbittern und entrüsten müsse, das sei das System, das bei solchen Maßregeln zum Ausdruck komme. Dieses hochfahrende System, nach dem ehemals der Büttel die Zuschauer mit freundlichen Kolbenstößen zurückdrängte. Es liege wahrhaftig kein Anlaß vor, in Preußen russische Sitten einzuführen, wozu man viel Lust zu haben scheine.

Die Entrüstung dieses „Ausgesperrten" ist recht interessant. Er wollte für seinen Wehrbeitrag wenigstens bunte Soldatenjacken sehen und Gelegeheit bekommen, Hurra zu schreien, wenn der Kaiser mit der Fahnenkompagnie vorüberzieht, und nun wird ihm die ganze Freude durch die Hinterteile der Schutzmannspferde verekelt. So ungeschickt ist unser Militarismus; wenn er sein Geld im Sack hat, nachher kümmert er sich den Teufel um die Bedürfnisse des schaulustigen Mobs. Und er braucht dabei noch nicht einmal zu fürchten, daß Leute dieser Art zur nächsten Parade weniger schnell rennen und weniger begeistert Hurra schreien.

Gegen die Fremdenlegion.

Die „Nationalzeitung" hat bei einer Anzahl Parlamentarier Umfrage gehalten, um ihre Ansicht über die Fremdenlegion zu erfahren. Abg. Bassermann verlangt vom Reichstag, daß er die Initiative ergreifen müsse, Abg. Gotheiner erblickt in der Anwerbung für die Fremdenlegion das bezahlte Handwerk des Menschenschlächters, dem mit aller Schärfe entgegengetreten werden müsse, Abg. Heckscher hält die bestehende Fremdenlegion für ein bedeutendes Hemmnis, für eine deutsch-französische Annäherung, Abg. Heine (Soz.) stellt eine Betrachtung an über die sozialen Ursachen, die eine Menge junger Leute zum Eintritt in die Fremdenlegion veranlassen und befürchtet von dem Treiben des Jungdeutschlandbundes ein weiteres Anwachsen der Fremdenlegionäre. Außerdem haben sich noch geäußert die Abgeordneten Mugdan, v. Liebert und Müller-Meiningen, der menschliche und gute Behandlung der deutschen Soldaten und strengste Bestrafung der Soldatenschinder verlangt. Herr Müller-Meiningen empfiehlt außerdem die Gründung einer deutschen „Freiwilligen-Kolonial-Legion"!

Noch eine Absage.

Der Vorstand des Verbandes sächsischer Industrieller beschäftigte sich mit der Frage der Verwendung verabschiedeter Offiziere in Handel und Industrie und kam zu dem Schluß, daß der Wunsch des Kriegsministeriums nicht unterstützt werden könne, insbesondere müsse den Industriellen die Sorge für die aus dem Kaufmannsstande hervorgegangenen Handlungsgehilfen am nächsten liegen.

Der Wahlprotest von Ragnit-Pillkallen.

Die „Nationalliberale Korrespondenz" veröffentlicht einen Wahlprotest, den die nationalliberale Partei gegen die Reichstagsersatzwahl in Ragnit-Pillkallen eingelegt hat. In dem Protest wird behauptet, daß einzelne Wahlbezirke besonders groß waren, so daß dort ein Teil der Wähler überhaupt nicht dazu kam, sein Wahlrecht auszuüben. In verschiedenen Fällen wird festgestellt, daß den ländlichen Wählern für ihre Stimmabgabe Bier, Schnaps und Zigarren gegeben wurden. Ein Gutsbesitzer hat seine Leute sogar durch Unterschrift verpflichtet, konservativ zu wählen. In einem anderen Ort war eine ganze Zeit hindurch der Wahlvorstand verschwunden, so daß für diese Zeit die Wahlhandlung eingestellt war. Die „Kreuzzeitung" rechnet auch bereits damit, daß das Mandat für ungültig erklärt wird, allerdings schiebt sie die Schuld daran nicht auf die vorgekommenen Verstöße, sondern auf die Zusammensetzung des gegenwärtigen Reichstages.

Die preußische „Volksvertretung".

Der neugewählte Landtag zeigt nach Berufsständen ungefähr das alte Bild früherer Legislaturperioden.

In dieser sogenannten „Volksvertretung", dem Produkt des Dreiklassenwahlrechts, sitzen 124 Landwirte; hierbei ist zu bemerken, daß auch andere Berufe sich nebenbei noch mit Landwirtschaft befassen und hier nicht nachgewiesen sind. Die Zahl der Verwaltungsbeamten beträgt 57, darunter sind Landräte 35! Ehemalige Staatsbeamte sind 9 gezählt. Als Justizbeamte bekennen sich 41 Richter und 32 Rechtsanwälte. Ehemalige Offiziere sind 13! Die Marine stellt diesmal einen Vertreter. Die Geistlichkeit zählt 21 (!), darunter 8 evangelische, 13 katholische. Kommunalbeamte sind 11, Lehrer an Hochschulen und anderen Schulen sind 25 vertreten. Die Zahl der Aerzte beträgt 4. Redakteure und Schriftsteller sind 11 vorhanden. Als Privatbeamte lassen sich 23 charakterisieren, wenn man den Begriff etwas weiter faßt. Der Handelsstand zäht nur 14 Herren, Kaufleute und Gewerbetreibende nennen sich 14, dazu treten noch 6 Handwerker, 2 Arbeiter, 5 Arbeiter- und Parteisekretäre, 2 Förster, 1 Apotheker, 11 Rentiers. Der Rest verteilt sich auf andere Berufe.

Nach Parteien geordnet ergibt sich folendes Bild: Die meisten Landwirte haben die Konservativen und Freikonservativen, die Verwaltungsbeamten sind meist auch hier zu finden, während die Kommunalbeamten mehr links sitzen.

Die Ungerechtigkeit des Wahlrechts selbst wie die den Junkern auf den Leib zugeschnittene ungerechte Wahlkreiseinteilung bringen es dahin, daß die Mehrheitsverhältnisse der preußischen „Volksvertretung" die Karikatur einer angemessenen parlamentarischen Repräsentanz des preußischen Volkes darstellen.

Keine politischen Wahlen an Sonntagen?

Die Anberaumung der letzten Reichstagsersatzwahl in Landshut auf einen Sonntag soll ein Versuch gewesen sein, um zu ermitteln, um wieviel stärker die Wahlbeteiligung an Sonntagen sein würde. Wie verlautet, sollen die maßgebenden Kreise in Preußen, die ohnehin Bedenken gegen die Sonntagswahlen hegten und noch hegen, in ihrem Widerstande gegen den Gedanken gestärkt worden sein, die preußischen Landtagswahlen an einem Sonntage stattfinden zu lassen. Das Experiment dürfte auch kaum in Bayern wiederholt werden, weil die katholische Kirche im Wiederholungsfalle Einwendungen machen würde.

In den „maßgebenden Kreisen in Preußen" hat sicher kein Mensch je sich mit der Absicht getragen, etwa die Landtagswahlen an einem Sonntage stattfinden zu lassen. Eine Nachwahl, noch dazu ausgerechnet in Landshut, ist aber überhaupt ein sehr schlechtes Objekt für diesen Versuch. Ein industrieller Wahlkreis würde in der Hauptwahl wohl ein anderes Ergebnis zeitigen, als der rein bäuerliche Wahlkreis Landshut mit etwa 90 Proz. katholischer Bevölkerung, von der rund 70 000 Personen in der Landwirtschaft beschäftigt sind und nur etwa 30 000 in Handel und Industrie. Ganz abgesehen aber davon, ob die Wahlbeteiligung an Sonntagen stärker ist oder nicht, wäre schon aus wirtschaftlichen Rücksichten diese Forderung zu erheben, damit die minderbemittelte Bevölkerung bei einer Wahl am Sonntage nicht materiellen Schaden durch Arbeitsversäumnisse erleidet.

Einschränkung der Adelsproduktion.

Durch Verfügung des Königs von Württemberg ist bestimmt worden, daß der sogenannte Personaladel, der mit der Verleihung einiger württembergischer Orden bisher verbunden war, künftighin wegfallen soll. Nach dem „Berliner Lokalanzeiger" ist diese Verordnung, die alten adelslüsternen Strebern schwere Enttäuschung bereiten wird, dadurch veranlaßt worden, daß die Zahl der mit dem Personaladel ausgestatteten Beamten und Offiziere allmählich sehr hoch geworden war und die übrigen deutschen Bundesstaaten mit Ausnahme Bayerns eine derartige Namensveränderung nicht kennen. Die Württembergische Regierung war wiederholt im Landtag um Beseitigung dieses Privilegiums angegangen worden, hatte sich aber stets sehr zurückhaltend in dieser Frage gezeigt und noch im Januar d. J. eine zustimmende Antwort versagt.

Der neue Krupp-Prozeß.

Wie nunmehr bestimmt verlautet, ist der Bureauvorsteher der Firma Krupp, Maximilian Brandt, nicht krank und denkt auch nicht daran, ein Sanatorium aufzusuchen. Die Anklage gegen ihn und zwei ehemalige Direktoren der Firma Krupp, die in Berlin stationiert waren, ist bereits erhoben wegen Beamtenbestechung und Verleitung zum Verrat militärischer Geheimnisse. Die Verhandlung wird voraussichtlich Ende Oktober vor der I. Strafkammer des Kgl. Landgerichts Berlin I stattfinden. Die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Dr. Siegfried Löwenstein und Justizrat Dr. v. Gordon-Berlin.

Angst vor dem Massenstreik.

Das brave Scharfmacherorgan, die „Post" teilt die Tatsache mit, daß sich in Berlin eine parteigenössische Versammlung mit dem Massenstreik beschäftigen wird, und daß in dieser Versammlung zwei belgische Genossen reden sollen. Das Blatt begleitet diese Mitteilung mit folgendem Angstruf nach der Polizei:

„Wir haben von dieser Notiz, die zum ersten Male vor einigen Tagen in der deutschen Presse auftauchte, unseren Lesern bisher keine Kenntnis gegeben, da wir bestimmt annahmen, daß gleich nach dem ersten Bekanntwerden der Nachricht, ein polizeiliches Verbot erfolgen würde, welches den beiden ausländischen Hetzern die Teilnahme an der Versammlung untersagt. Da ein solches Verbot bis zur Stunde noch nicht ergangen ist, sehen wir uns genötigt, auch unsererseits die Angelegenheit dem Forum der Oeffentlichkeit zu unterbreiten und auf den bedenklichen Charakter hinzuweisen, den die beabsichtigte Veranstaltung ohne Zweifel haben wird. Wir meinen, wir hätten an unseren 111 Genossen im Reichstage und an den zahllosen roten Kirchenlichtern zweiter und dritter Güte gerade genug, um nicht noch belgische Resolutionäre zur weiteren Aufhetzung unserer Arbeiterschaft zu benötigen. Je ungestümer die Forderung nach dem Generalstreik in sozialdemokratischen Kreisen erhoben wird, und je mehr sich die leitenden Männer der Umsturzpartei mit dem Gedanken einer baldigen Verwirklichung dieser Machtprobe gegen Staat und Gesellschaft vertraut machen, um so dringlicher ergibt sich für den Staat die unabweisbare Pflicht, von den ihm zustehenden Machtmitteln in jedem Einzelfalle ausnahmslos Gebrauch zu machen. Bei dem vorliegenden Tatbestande dürfte die unbedingte Notwendigkeit eines polizeilichen Verbots um so weniger von der Hand zu weisen sein, als ja bereits zu wiederholten Malen die Behörden von ihrem Recht der Fernhaltung ausländischer Hetzer Gebrauch gemacht haben. Wir erinnern hierbei nur an die beabsichtigten Vorträge der französischen Sozialistenführer Compère Morel und Jaurès. Diese Präzedenzfälle sollten es unseren Polizeibehörden besonders nahelegen, auch bei der jetzigen Angelegenheit die Forderung der staatstreuen Kreise nach einer Fernhaltung belgischer Umstürzler ungesäumt zu erfüllen."

Die Postesel bleiben doch immer dieselben: Ihr Verstand kommt nicht über den „Schutzmann als letzte Hilfe" hinaus. Daß eine Bewegung, wie die sozialdemokratische, die in den Massen wurzelt, sich vom Schutzmann nicht aufhalten läßt, das vermögen die Postleute nicht zu begreifen. In diesem Falle wird sich ja die Polizei hüten, den Rat der „Post" zu befolgen und sich zu blamieren. Die Polizei hätte nicht einmal den Vorwand, daß es sich um eine öffentliche Versammlung und um die Anwendung einer fremden Sprache in einer solchen handelt, denn die Versammlung ist eine geschlossene und die beiden belgischen Genossen werden deutsch sprechen, aber wie es auch kommt, das sollte sich endlich die „Post" merken, daß die Arbeiterbewegung unbeirrt voranschreitet, ohne Rücksicht auf polizeiche Duldung oder Schikane.

Österreich-Ungarn.

Kinderausbeutung in Österreich. In Salzburg tagt jetzt der Österreichische Kinderschutzkongreß. Durch eine amtliche Erhebung wurden 148 368 Schulkinder als erwerbstätig festgestellt. Davon haben 45,2 Proz. das 10. Lebensjahr noch nicht erreicht, 2/5 der Kinder sind schon seit dem 5. oder einem noch früheren Lebensjahre erwerbstätig, 1121 Kinder schon vom 4. Jahre an oder noch früher zur Arbeit herangezogen worden, mehr als 1/3 der Schulkinder arbeiten über drei Stunden im Tag; im Sommer sogar mehr als die Hälfte aller Schulkinder. 23,7 Proz. aller arbeitenden Kinder sind sogar in den Nachtstunden beschäftigt. Bei mehr als 68 000 Kindern konstatieren die Lehrer einen nachteiligen Einfluß der Erwerbsarbeit auf die geistige Fähigkeit.

Holland.

Holländischer „Liberalismus". Trotzdem die sozialdemokratischen Fraktionen in den Gemeindevertretungen der großen und industriereichen Städte aus den letzten Kommunalwahlen sehr verstärkt hervorgegangen sind, haben die Liberalen sich bei den am Dienstag abgehaltenen Wahlen in den Gemeindeparlamenten nirgendwo dazu bequemen können, unserer Partei den ihr gebührenden Anteil im Schöffenkollegium (soviel als Magistrat) zu gewähren. In Amsterdam erhielt Genosse Wiebaut nur 20, im Haag Genosse Terlaan nur 16, in Rotterdam Genosse Spiekman gar nur 9 von je 45 insgesamt abgegebenen Stimmen. In allen diesen Fällen stimmte nur ein ganz kleiner Teil der freisinnigen Gemeindevertreter für die Kandidaten unserer Partei. Man sieht hieraus, wie wenig Wert auf das liberale Zeitungsgeschrei während der Kabinettskrise zu legen ist, daß es notwendig sei, die Sozialdemokratie an der Regierung teilnehmen zu lassen. Jetzt, wo sich in den Gemeinden Gelegenheit geboten hätte, Sozialdemokraten zur Mitregierung heranzuziehen, versagen die Liberalen aufs jämmerlichste.

Die Reaktion in Holländisch-Indien. Die scharfe Regierungsattacke in Indien gegen die Führer der Oppositionsbewegung der Eingeborenen wird in verschärfter Weise fortgesetzt. Während Herr Douwes Dekker sich der Verbannung nach der abgelegenen Insel Timor entzogen hat, indem er nach Holland abreiste, um seine Sache dort weiterzufördern, sind jetzt vier eingeborene Journalisten von drei verschiedenen oppositionellen Blättern in Bandung auf Java verhaftet worden. Der Bekannteste ist Dr. Mangunkusomo, ein sehr begabter Javaner, der in Vertretung Dekkers dessen Tageblatt „Expreß" redigierte. Die „Missetat" der Verhafteten bestand in der Verbreitung eines Flugblattes, in welchem sie die Eingeborenen aufforderten, nicht an den Festlichkeiten teilzunehmen, die zur Jahrhundertfeier der holländischen nationalen Unabhängigkeit abgehalten werden. Sie meinen, daß die Indier keine Ursachen haben, sich an der nationalen Unabhängigkeit ihrer Unterdrücker zu erfreuen. Diese unerhörten Verhaftungen werden im holländischen Parlament zu den schärfsten Protesten führen.

Balkan.

Zur Lage. Nach zuverlässigen Mitteilungen aus Konstantinopel zeigt sich die Pforte durchaus abgeneigt, den Bulgaren weitere Zugeständnisse zu machen. Schon die Preisgebung der zum größten Teil von Türken bewohnten Ortschaft Gümüldschina stieß in Stambul auf Schwierigkeiten, die aber jetzt beseitigt sind. Die von der Pforte zugestandene Grenze unterscheidet sich von den bisherigen nur dadurch, daß sie sich von Adrianopel und Kirkkilisse bis Mustapha Pascha hinzieht und in vertikaler Linie die Maritza nordwestlich von Dimotika erreicht. Man erklärt in osmanischen Regierungskreisen, daß die den Großmächten zuliebe gemachten Zugeständnisse als die äußersten gelten müssen.

In allen Hauptstädten Europas ist eine Zirkularnote der griechischen Regierung eingegangen, in der mitgeteilt wird, daß sie auf Ersuchen der bulgarischen Regierung die Gebiete, die Bulgarien zugesprochen sind, aber einstweilen von Griechenland noch besetzt sind, weiter besetzt halten wird, da die Bulgaren zurzeit nicht in der Lage seien, von den Gebieten Besitz zu nehmen, und da sonst Handel und Wandel gestört werde. Die deutsche Regierung wird voraussichtlich dagegen nichts einwenden, ebenso wenig die anderen Regierungen. Dagegen tritt die griechische Presse auf, daß Griechenland mit großen Kosten zugunsten Bulgariens Schritte tue, die schädlich auf das Verhältnis zur Türkei wirken könnten.

Die Griechen in Albanien scheinen nicht viel weniger schlimm zu hausen, als die Bulgaren in Thrazien gehaust haben. Die „Albanische Korrespondenz" meldet aus Valona: Aus allen Teilen Südalbaniens laufen Nachrichten über Gewalttätigkeiten ein, welche griechische Truppen und von griechischen Offizieren geführte Freischaren an der albanesischen Bevölkerung verübten. In dem Dorfe Kurwelent plünderten 140 griechische Soldaten unter Führung zweier Griechen namens Nakohitua und Mitro Lusi alle Häuser der albanesischen Bevölkerung und führten alles Vieh fort. In Pargena kam es zwischen 13 Dorfbewohnern und griechischen plündernden Soldaten zum Kampfe, bei dem auch zwei Frauen ermordet wurden. Als den Albanesen die Munition ausgegangen war, gelang es ihnen, zu flüchten. Die Griechen plünderten hierauf das Dorf und steckten einen großen Teil seiner Häuser in Brand.

Eine weitere Meldung der „Alban. Korresp." aus Valona besagt: Griechische Soldaten, begleitet von Komitatschis, fielen in die Ortschaft Bolena ein und begannen zu plündern. Die Bewohner widersetzten sich. Elf griechische Soldaten wurden getötet. Die Griechen machten neun Männer und vier Frauen nieder.

Aus Skutari meldet dieselbe Korrespondenz: Monetnegrinische Truppen überfielen die Ortschaft Buthaj bei Gusinje. Sie erbrachen die verschlossenen Haustüren und verübten an den Bewohnern viele Grausamkeiten. Zehn Personen wurden durch Bajonettstiche schwer verletzt, darunter auch Frauen und Kinder. Mehrere wurden fortgeschleppt. Die Bevölkerung flüchtete ins Gebirge.

Amerika.

Eine fehlgeschlagene Henkershoffnung. Wieder ist ein Anschlag der russischen zarischen Regierung gegen das politische Asylrecht dank der Wachsamkeit der amerikanischen Genossen vereitelt worden. Geopfert sollte diesmal der am 8. Februar in Boston gelandete sozialistische Journalist Ernst Jaumesem werden. Väterchens Regierung ging dieses Mal nicht den geraden Weg des Auslieferungsbegehrens. Sie suchte auf Grund des Einwanderungsgesetzes die Deportation Jaumesems nach Hamburg zu erwirken. Wäre der russische Genosse erst einmal in dem von preußischen Junkern regierten Deutschen Reiche gewesen, so war die St. Petersburger Henkerzunft ihres Opfers sicher. Als „Politischer" nach Sibirien deportiert, bewerkstelligte Jaumesem seine Flucht, gelangte unerkannt nach der Hansestadt Hamburg und schiffte sich auf dem Dampfer „Cincinnati" ein, mit dem er Boston erreichte. Von „unbekannter" Seite auf die „Verbrecher"-Laufbahn Jaumesems aufmerksam gemacht, ließ der Bostoner Einwanderungskommissär den Neuankömmling festnehmen und der sogenannten Inquisition vorführen, die prompt die Deportation des „früheren Sträflings" verfügte. Auf Grund dieses Erkenntnisses sollte Jaumesem nach dem Abfahrtshafen, also nach Hamburg, zurückbefördert werden. Im Auftrage der sozialistischen Partei rief der Genosse Roewer, ein Bostoner Anwalt, gegen die Deportationsverfügung die Entscheidung des Arbeitsministers Wilson an, der schon am Sonnabend die Zulassung Jaumesems verfügte. Wären die Bostoner Genossen nicht sofort auf dem Plane gewesen, so befände sich Jaumesem schon auf der Rückfahrt nach Hamburg und sähe seinem Transport nach der russischen Grenze entgegen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, 5. September.

„Ich komme für die neue Volksversicherung! So führen sich zahlreiche, gerissene Agenten der verschiedenen gegen die „Volksfürsorge" neu gegründeten Volksversicherungsgesellschaften in die Familien der kleinen Leute ein, um bei diesen, die gerade auf die „Volksfürsorge" warten, den Eindruck zu erwecken, als ob sie es mit einer Vertrauensperson der „Volksfürsorge" zu tun hätten. Hier heißt es aufmerksam prüfen! Man frage stets nach dem vollen Namen der Versicherungsgesellschaft! Wer sich unter falscher Flagge einführt, verdient kein Vertrauen, der verdient, von der Tür gewiesen zu werden!

Also Arbeiter und Frauen habt acht! Eure Versicherung ist die „Volksfürsorge", gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft in Hamburg!

b. **Gewerbegericht** am 4. September. Das neue Kassensystem als Fallstrick. Unsere Leser werden selten in die Lage kommen, in großen Hotelrestaurants die neue Zahlungsweise kennen zu lernen, die am Donnerstag in mehrstündiger Verhandlung vor dem Gewerbegericht erläutert wurde. Sollte der eine oder andere einmal den Besuch eines reichen Onkels aus Amerika bekommen, der ihn in teppichbelegte Salons führt, kann es nichts schaden, wenn er etwas davon weiß. Er braucht dann „nicht so zu tun", als komme er eben aus Posemuckel. Das neue System soll bereits im internationalen Hotelbesitzerverein eingeführt sein resp. durchgeführt werden. Es ist dem kaufmännischen Gebrauch entlehnt, wonach durch Bons an der Kasse bezahlt wird. An Stelle des Gastes tritt der Kellner als Bote oder Vermittler auf. Die Kasse quittiert selbst auf doppelte Art, so daß der Gast nicht übers Ohr gehauen werden kann. Der Geldwechsel wird nicht vom Kellner aus besorgt, der Wechselgeld nicht bei sich tragen soll, sondern vom Büffett aus. Dort wird er mit einem Zahlbrett und Quittung zum Gast beordert der so in direktem Verkehr mit dem Wirte steht. Dem Kellner soll die Möglichkeit genommen werden, höhere Preise zu fordern. Würde z. B., wie es nach Aussage des Beklagten Hotelbesitzers B. vorkommen kann, von einem gut aufgelegten oder weniger erfahrenen Gast ein Glas Kognak zu 1,50 Mk. verlangt und vom Kellner nur ein solcher Tropfen für 50 Pfg. geliefert, dann hätte der Kellner für die Beschummelei keinen Vorteil und auch kein Interesse, dem Wirt einen solchen zukommen zu lassen. Der unmittelbare Verkehr zwischen Gast und Wirt, wie er in früheren Zeiten bestand, und wie er vom Vorsitzenden historisch erläutert wurde, soll dadurch wieder aufleben. Aus jener Zeit stammt auch der Gebrauch des sogenannten Ankreidens, der manchmal mit zu dicker Kreide geschah und berüchtigt wurde. Die Wirte stellten auch Agenten an, die die Waren teurer verkauften als sie sie einkauften. Bei dem neuen System wäre höchstens ein Betrug möglich, wenn eine Vereinbarung zwischen Kasse und Büfett existierte. B. hatte zu dieser Neueinrichtung einen Berliner Kellner engagiert, der im inter-

nationalen Verkehr bewandert war und damit Bescheid wußte. Trotzdem nahm er an einem besuchreichen Tage von einem Gast direkte Bezahlung an. Der Hotelbesitzer bemerkte dies und ersuchte den Gast um Einsicht in die Quittung. Der Kellner gab nicht nur zu, von diesem Gast direkte Bezahlung angenommen und quittiert zu haben, sondern händigte auch noch einen weiteren Betrag aus. Er habe dieses abgekürzte Verfahren angewandt, damit die Herren nicht zu lange warten mußten, er hätte selbstredend nachher das Geld abgeliefert. Vom Vertreter des Klägers wurde besonders unterstrichen, der Kellner habe im Interesse des Gastes und Wirtes gehandelt; nicht jeder habe Zeit, zehn Minuten auf die Rechnung vom Büfett zu warten. Dagegen wandte B. ein, es ginge den Kellner gar nichts an, ob von dem Zahlungsmodus Gast oder Wirt Vorteil habe oder das System richtig sei. Würden solche Ausnahmen zugelassen, hätte das ganze Verfahren keinen Zweck. Gerade bei großem Betrieb wurde von den Kellnern versucht, Schmu zu machen. Es gebe unter den Kellnern sehr viele, die nur einen Tag in der Woche schafften und dabei Wirt und Gäste über die Ohren hauten. Der Kläger, der die ganze Welt bereist habe, wisse ganz genau, daß bei normalem Betrieb dies nicht möglich sei, er habe ihn betrogen und bestohlen, indem er das Geld in die Tasche steckte, während er nur Trinkgelder annehmen dürfe. Deshalb sei die sofortige Entlassung ohne Kündigung gerechtfertigt. Würde in einem Warenhause der Verkäufer das Geld annehmen, wäre er ohne weiteres seiner Stellung verlustig. Von klägerischer Seite wird noch auf das kalte Büfett und die warmen Speisen zum sofortigen Servieren hingewiesen, wobei dem Kellner doch freie Hand gelassen sei. Dies gibt der Beklagte zu, doch handle es sich nur um Verabfolgung der Waren (von den großen saftigen Braten wird dem Gast an dessen Tische heruntergeschnitten), das sei reine Vertrauenssache, auf die er sich bei einem Personal von 43 Köpfen verlassen müsse. Der Kläger, der auf Trinkgeld und freie Kost angestellt war, verlangt pro Tag 6 Mk. für entgangenes Trinkgeld und 2 Mk. Kostgeld, ermäßigt die Forderung aber auf 104 Mk., die ihm u. a. mit der Begründung zugesprochen werden: Angesichts des Systems konnte der Kläger in den angezogenen Verdacht kommen. Der Kläger hat aber sofort auch den zweiten Fall gemeldet, als er sah, daß ihm auf die Finger geschaut wurde. Es könne allerdings auch umgekehrt gedacht werden. Es besteht zwar der Verdacht, aber der Beweis, daß er ein Betrüger oder Dieb gewesen ist, fehlt. Das System weist noch Kinderkrankheiten auf. Nach eigener Angabe kann man nicht annehmen, daß der Kläger in dem Sinne, wie die Gewerbeordnung voraussetzt, sich strafbar gemacht hat. Es ist eine Ordnungswidrigkeit gegen das System, aus der nicht geschlossen werden kann, daß er an dem Abend zum Verbrecher geworden ist. Ein Verstoß gegen das System ist nicht ohne weiteres ein Verstoß gegen das Strafgesetz. Zu wünschen wäre, wenn durch das System Gast wie Wirt von Betrügereien verschont blieben. Es würde auch dem Kellnerberuf von Vorteil sein. Der Beklagte deponiert die Summe als Sicherheit, ausgehändigt wird sie dem Kläger nicht. B. legt Berufung ein, die bei Forderungen über 100 Mk. zulässig ist. — Weitere kündigungslose Entlassung. Der Kellner K. vom Travemünder Strandpavillon klagt ebenfalls für entgangenes Trinkgeld (11 Tage a 7 Mk.) 77 Mk. ein. Die Klage steht auf so schwachen Füßen, daß sie abgewiesen werden muß. Die Kellner mit dem „blauen Band im Knopfloch" erscheinen oft vor dem Gewerbegericht; ihre Vereinigung hätte alle Ursache, sich etwas mehr um gewerkschaftliche Betätigung zu bekümmern und vernünftige Anstellungsverträge mit schaffen zu helfen. — Vorläufig abgewiesen wurde der Vertreter eines jungen Bäckergesellen, weil die Vertretung von Klägern, die am Orte wohnen, nicht anerkannt wird.

b. **Ferienstrafkammer** am 5. September. Messerstecher. Das Schöffengericht Ahrensböck verurteilte den Arbeiter B. aus dem Anhaltischen zu 8 Monaten Gefängnis wegen schwerer Körperverletzung. Auf der Herberge geriet der Angeklagte mit Kollegen in Streit, weil er kein Glas Bier abbekommen sollte. Kurz entschlossen stach er den einen in die Schulter, so daß eine 6 Ztm. lange und 3½ Ztm. tiefe Wunde entstand, die zwar in einigen Wochen heilte, aber doch in gefährlicher Nähe der Halsschlagader sich befand. Der Gestochene hatte beträchtlichen Blutverlust. Einen zweiten Mann, den B. stechen wollte, traf er nicht. Gegen das Urteil legte der Angeklagte Berufung ein, weil er sinnlos betrunken gewesen sei, von Jugend auf an Nervenüberreizung und Jähzorn leide. Das Gericht verwarf die Berufung. Der Angeklagte könne froh sein, daß der andere nicht sofort getötet worden sei. Die angeführten Zweifel der Zurechnungsfähigkeit seien Temperamentseigenschaften, geweckt durch Alkoholgenuß. Die zweimonatige Untersuchungshaft wird nicht angerechnet.

Der Ausstand der Werftarbeiter scheint sich nunmehr seinem Ende zu nahen, nachdem die Bremer Holzarbeiter gestern ihren Widerstand gegen die Aufnahme der Arbeit aufgegeben haben. Mit 432 gegen 45 Stimmen beschlossen sie, die Arbeit unter denselben Bedingungen wie die übrigen Arbeiter aufzunehmen. Damit ist nun das letzte Hindernis beseitigt und die Einstellung der Arbeiter wird wieder erfolgen. Nach einer Erklärung des Arbeitgeberverbandes werden die Arbeitsnachweise vom Sonnabend, dem 6. September, ab mit der weiteren Einstellung der Arbeiter beginnen. Zur Bewegung der Stettiner Werftarbeiter ist zu melden, daß die Streikenden, soweit sie sich beim Arbeitsnachweis der Industriellen zur Arbeitsaufnahme gemeldet haben, sämtlich wieder eingestellt worden sind. Diejenigen Arbeiter, die sich noch nicht gemeldet haben, erhalten hierzu eine Frist bis zum kommenden Sonnabend. Haben sie auch dann noch nicht beim Arbeitsnachweis wieder vorgesprochen, gelten sie bei einer etwaigen späteren Einstellung als solche Arbeiter, die gänzlich neu eingestellt werden.

Lübecker Straßenbahn. Betriebsergebnisse für den Monat August 1913. Befördert sind 1913: 1 024 213 Personen, 1912: 886 706 Personen, + 137 507 Personen. Eingenommen sind: 1913 110 001,29 Mk., 1912: 93 400,56 Mk., + 16 600,73 Mk. Betriebsergebnisse für die Zeit vom 1. April bis 31. August 1913. Befördert sind: 1913: 4 828 975 Personen, 1912: 4 360 063 Personen, + 468 912 Personen. Eingenommen sind: 1913: 520 355,83 Mk., 1912: 463 009,05 Mk., mehr 57 346,78 Mk.

Saatenstand im Lübeckischen Staate Anfang des Monats September 1913. Nach den Meldungen der ehrenamtlichen Berichterstatter der 16 Saatenstandsberichtsbezirke hat das Statistische Amt für Anfang September folgende Saatenstandsnoten berechnet: (Nr. 2 bedeutet gut, Nr. 3 mittel, Nr. 4 gering) für Hafer 2,4 (Anfang August 1913: 2,5), Kartoffeln 1,9 (2,1), Klee 2,3 (2,6), Bewässerungswiesen 2,3 (2,3), andere Wiesen 2,5 (2,4). Das in der Mitte des Monats vorherrschende trübe und kühle Wetter verzögerte die Reife einzelner Fruchtarten, auch sonst haben sämtliche Getreidearten mehr oder weniger durch Nässe gelitten, so daß sich beim Weizen und Hafer Auswuchs zeigte. Die letzte vom Wetter begünstigte Augustwoche hat aber die Getreideernte schnell gefördert und es ermöglicht, daß sie gut eingebracht werden konnte, und nunmehr nahezu beendet ist. Die von denselben Berichterstattern ausgeführte Vorausschätzung der Ernteerträge ergab auf 1 Hektar bestellter Fläche für Winter-Weizen 2603 (1912 bei der endgültigen Ermittelung 2065), Sommer-Weizen 2114 (2267), Winter-Roggen 2045 (1948), Sommer-Gerste 2139 (2193), Hafer 2188 (1932) und Kartoffeln 13 985 (13051) Klgr.

Quittungskarten der zum Militärdienst ausgehobenen Versicherten. Nach den Anweisungen für die Quittungskarten-Ausgabe können Personen, die zur Ableistung ihrer Militärdienstpflicht einberufen werden, ihre Karten bei der Ausgabestelle auch schon dann einliefern, wenn sie noch nicht ganz mit Marken gefüllt sind. In diesen Fällen ist eine neue Karte nicht auszustellen und auf der Vorderseite der über die abgegebene Karte zu erteilenden Aufrechnungsbescheinigung zu vermerken: „Neue Karte nicht ausgestellt." Nach Ablauf der Militärdienstzeit wird dann auf Grund dieser Bescheinigung eine neue Quittungskarte ausgestellt. Den Militärpflichtigen ist dringend anzuraten, ihre Karten in dieser Weise umtauschen zu lassen, weil erfahrungsgemäß während der zwei- oder dreijährigen Dauer der Dienstzeit viele Quittungskarten verloren gehen und den Versicherten Weiterungen und Schäden daraus erwachsen.

Konkurseröffnung. über das Vermögen des Getreidehändlers Johannes Heinrich Wilhelm Schütt, alleinigen Inhabers der Firma C. Schütt in Lübeck, Mühlenstraße 44, wurde am 3. September 1913, nachmittags 12 Uhr das Konkursverfahren eröffnet. Der Rechtsanwalt Dr. Paul Brehmer in Lübeck ist zum Konkursverwalter ernannt worden.

pb. **Verhaftungen.** Festgenommen wurde ein hier zugereister Arbeiter, der verdächtig ist, seinem Kollegen ein Portemonnaie mit 22 Mark Inhalt gestohlen zu haben. — Festgenommen wurde ferner ein Arbeiter aus Greifswald, welcher von der Königlichen Staatsanwaltschaft in Greifswald wegen Diebstahls steckbrieflich gesucht wird.

pb. **Hühnerdiebstahl.** In der Nacht vom 3. zum 4. dss. Monats sind in Niendorf i. L. 2 schwarze Minorkahühner, 2 schwarze Hühner, 1 graumeliertes Huhn und 2 dunkelbraune junge Hähne gestohlen worden.

pb. **Fahrraddiebstahl.** In der Nacht vom 3. zum 4. dss. Monats ist aus dem Hause Fackenburger Allee Nr. 1 mittelst Einbruchs ein Fahrrad gestohlen worden. Das Fahrrad trägt die Marke „Tell", hat schwarzes Gestell und Felgen, Freilauf und Rücktrittbremse. An dem Rade befindet sich die Fabriknummer „5575 G" und die Polizeinummer „2990". In dem Kettenrad, sowie im Rahmenbau befindet sich der Name: „Tell".

pb. **Wer ist der Eigentümer?** Festgenommen wurde ein hiesiger Arbeiter, der bei einem Althändler 1 Gold-Double-Armband und 1 Regenrock verkauft hat. Der Festgenommene will das Armband im Tanzlokal „Fünfhausen" einem Mädchen abgenommen haben. Den Regenrock will er gestern vormittag von einem Fahrrade gestohlen haben, welches in einem Hausflur eines Hauses in der Mengstraße stand. Die Eigentümer der vorgenannten Sachen werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei einzufinden.

„Cines" Hansa-Theater. Aus dem Direktionsbureau geht uns folgende Mitetilung zu: Der Beginn der heutigen Vorstellung, welche durchweg neue, erstklassige Varieté-Akte, verbunden mit unsern Kunstlichtspielen bringt, ist für 8¼ Uhr festgesetzt. Um vielfachen Wünschen aus dem Publikum zu entsprechen, macht die Direktion das Publikum darauf aufmerksam, daß vor Beginn einige Musik-Piecen zum Vortrag gelangen, um auch später Kommenden Gelegenheit zu geben, das vollständige Programm zu sehen. Wir machen ferner darauf aufmerksam, daß das ganze heutige Programm dasselbe ist, mit welchem das „Cines" Apollo-Theater, Berlin letzten Freitag unter tosendem Beifall des Publikums eröffnet wurde. Wir hoffen, mit diesen Darbietungen auch den Geschmack des Lübecker Publikums zu treffen.

Seeretz. Die Volksfürsorge und ihre Gegner. Mit diesem gegenwärtig sehr aktuellen Thema wird sich eine am Sonnabend abend 8 Uhr präzise im Lokale des Herrn Emil Cordts stattfindende Volksversammlung beschäftigen. Insbesondere wird der Referent, Genosse Stelling-Lübeck, die Praktiken der öffentlich-rechtlichen Volksversicherung beleuchten und den eingeladenen Vertretern derselben Gelegenheit geben, ihre eigenartige Kampfesweise gegen die Volksfürsorge vor dem Forum der Öffentlichkeit zu verteidigen. Wir richten an dieser Stelle an die Genossen die Aufforderung, eine rege Propaganda für den Besuch dieser Versammlung zu entfalten.

m. **Malente.** Gemeinderatssitzung. Eine schlüssige Darlegung des Armenwesens vom 1. Januar bis 31. Dezember 1912. Zu Anfang des Jahres waren zwei, zum Schluß des Jahres 25 Personen in der Anstalt, darunter 19 Kinder. Die Ausgabe betrug 7 476,83 Mk., welcher eine Einnahme von 1 434,63 Mk. gegenüber stand, so daß von der Gemeinde 6 042,20 Mk. beigesteuert werden mußten. Pro Tag und Kopf stellten sich die Verpflegungskosten auf 0,59 Mk. Es wurde beschlossen, vom Hufner Otto Braasch in Krummesse eine Tonne Land zur Anlegung einer Grandgrube für die äußere Wegegemeinde für die Summe von 800 Mk. anzukaufen. Ebenfalls soll eine Tonne Land zu demselben Zweck vom Hufner H. Burmeister in Kreutzfeld für 1500 Mk. gekauft werden. Zur Änderung eines für Malente bestehenden Statuts für Anlegung von Fabriken usw. soll der Passus eingefügt werden: „Ausnahmen unterliegen der Großherzoglichen Regierung in Eutin und dem Gemeinderat." Zur Bekämpfung des amerikanischen Stachelbeer-Mehltaues, welcher teilweise in der hiesigen Gemeinde auftritt, soll eine Polizeiverfügung erlassen werden. Der Gartenbauverein ersucht den Gemeinderat um einen Zuschuß zu der in diesem Herbst hier stattfindenden Gartenbauausstellung; es wurden 30 Mk. bewilligt. Die Einfriedigung des früheren Hagenschen Grundstückes am Marktplatz wurde dem Schlossermeister M. Jensen für die Summe von 186,60 Mk. übertragen. Durch ein Schreiben von der Regierung wird bekannt gegeben, daß der Steuersatz für die äußere Wegegemeinde von 100 Proz. auf die Grundsteuer und auch die 50 Proz. Gebäudesteuer von der Regierung genehmigt ist.

Mölln. Zuzug von Speicherarbeitern nach Mölln ist dringend fernzuhalten, da die hiesigen Speicherarbeiter in den Ausstand getreten sind!

Neumünster. Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich Donnerstag auf der Bahnstrecke Neumünster—Einfeld. Beim Posten 78 wurde das 3½jährige Kind, ein Mädchen, des Hilfsbahnwärters Nicolaisen vom D-Zuge Hamburg—Kiel erfaßt, zu Boden geschleudert und so schwer verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Der Unglücksfall ereignete sich in unmittelbarer Nähe des Postens 78, den der Vater des Kindes zu verwalten hat.

Buxtehude. Großfeuer. In der Ritterstraße brach Mittwoch abend gegen 10 Uhr ein Feuer aus, das von dem Anwesen der Witwe Stöltzer das Vorder-, Mittel- und Hinterhaus sowie das Hinterhaus von Kramer einäscherte. Das Kramersche Vorderhaus, dessen Dachstuhl schon Feuer gefangen hatte, konnte gerettet werden. Unter Aufbietung aller Kräfte gelang es, die benachbarten alten Buxtehuder Bürgerhäuser mit ihren reichgeschnitzten alten Giebeln vor der Zerstörung durch Feuer zu schützen. Die Entstehungsursache des Feuers ist unbekannt.

Tondern. Infolge Funkenflugs geriet bei Karlum die Anpflanzung des Hofbesitzers Thiesen-Steenholdt in Brand. Obwohl Brandhilfe schnell zur Stelle war und Erdwälle aufgeworfen wurden, gelang die erfolgreiche Bekämpfung des Feuers doch erst nach einiger Zeit, sodaß ein Areal von etwa 10000 Quadratmetern der Aufforstung vernichtet wurde.

Helgoland. Feuer auf einem deutschen Unterseeboot. Auf dem Unterseeboot V brach heute ein Feuer aus, das auf Heißlaufen der Petroleummotoren zurückzuführen ist. Da auch Kurzschluß eintrat, war das Boot ohne Licht. Das Torpedoboot G IV eilte auf die Notsignale des Unterseebootes zur Hilfe herbei, und dem entschlossenen Eingreifen des Kommandanten Kapitänleutnants v. Rosenberg-Gruszcenski gelang es, das Feuer bald zu löschen und eine Explosion der Petroleumbehälter zu verhüten. — Das Unterseeboot 18 rannte gestern beim Einlaufen gegen die Hafenmauer, durchschnitt einen 80 Zentimeter starken Balken und bohrte sich noch 20 Zentimeter tief in die Betonmauer ein. Der Schaden ist erheblich.

Bremen. In der letzten Sitzung der Bürgerschaft wurde für die Deutsche Werkbund-Ausstellung Köln 1914 ein Betrag von 20 000 Mk. bewilligt, ohne daß ein Wort dazu gesagt wurde. Der Gegensatz der Behandlung dieser Ausstellung zu derjenigen der Leipziger Baufachausstellung löste allgemeine Heiterkeit aus. Von besonderem Interesse war eine Debatte über die Beschaffung von 400 Milligramm Radium, dem neuen Mittel zur Behandlung Krebskranker zum Preise von 160 000 Mk. Die Debatte bewegte sich namentlich um die Frage, daß allen Krebskranken, nicht nur denjenigen, die die Städtische Krankenanstalt aufsuchen, das Heilmittel zur Verfügung stehe. Genosse Rhein suchte dabei auch die Interessen der Krankenkassen zu sichern. Aufnahme fand die Vorlage sodann mit der in einem Antrage Hagemeyer ausgesprochenen Bedingung, daß die Bürgerschaft bei der Verwendung des Heilmittels mitzubestimmen habe. Außerdem fand ein Antrag Hormann Annahme, mit der Leitung des Roten-Kreuz-Krankenhauses in Verhandlung zu treten, um ein weiteres von diesem erworbenes Quantum von 200 Milligramm Radium für den Staat zu erwerben, wodurch auch das städtische Krankenhaus früher in den Besitz des Radiums gelangen würde.

Stade. Die Petroleumexplosion auf dem „Imperator", die am 24. April fünf blühende Menschenleben vernichtete, hatte ein Nachspiel vor der Stader Strafkammer. Die Ironie wollte, daß ein Verletzter angeklagt und die treibende Firma kaum erwähnt wurde. Gegen die Maschinenschlosser O. Th. Bähr aus Hamburg und G. Matthias aus Neuhof war Anklage erhoben worden. B. ist nicht aufzufinden, deshalb erschien nur M. mit seinem Verteidiger Dr. Herz-Altona. B. und M. sollten sich der fahrlässigen Tötung, Brandstiftung und Körperverletzung schuldig gemacht haben. Nach der Verhandlung ergab sich folgender Sachverhalt: Der frühere Bohrer G. Matthias hatte wiederholt als sogenannter Storekeeper Aushilfe geleistet. Der Storeraum liegt neben dem Maschinenraum. In jenem lagert Petroleum, Benzin, Oel, Putzbaumwolle und anderes. Deshalb war es verboten, diesen Raum mit offenem Licht zu betreten. Am Nachmittag des 24. April gab M. abermals Material aus. Weil ihm einige Tage vorher durch Beschwerden einiger Arbeiter Vorwürfe gemacht waren, mußte M. die Leute äußerst schnell bedienen. Viel Zeit, um über den Zweck des verlangten Materials nachzudenken, und darüber, ob diese Angaben überhaupt richtig waren, blieb dem M. nicht übrig. An dem fraglichen Tage gegen 3½ Uhr kam Bähr, um sich sein Feuerzeug mit Benzin füllen zu lassen, angeblich, um später mit dem Feuerzeug seine Oellampen zu entzünden. Da an mehreren Stellen, an denen nicht genug elektrische Lampen vorhanden waren, solche Oellampen im Gebrauch waren, gab M. das Benzin ohne weiteres heraus. Dabei sollte M. nach der Anklage Benzin vorbeigegossen haben. Da B. sofort und des öfteren probierte, kann das Benzin auch durch das Gegenschlagen herausgelaufen sein. Mit dem Brennen der kleinen Flamme brannte zugleich das ganze Feuerzeug. Schließlich lief das brennende Benzin über die Hand des B. Unverständlich bleibt, daß B. das Feuerzeug fortwarf und zwar in die Nähe eines mit Oel getränkten Haufens Putzbaumwolle, Twist genannt, der sofort hell aufloderte. Anderer Twist fing ebenfalls Feuer. Das Feuer verbreitete sich schließlich bis zu dem Petroleumtank, von dem die mit Petroleum getränkte Weidenumflechtung zu brennen anfing. Mehrere Arbeiter liefen fort, auch der Beschuldigte M., der erst zurückkam, als Leute riefen, sie sollten nicht solche Angst haben. Die brennende Kanne wurde dem Ingenieur Martin in den Maschinenraum gereicht. Als der Ingenieur die Flammen nicht ersticken konnte, bat er einige Leute, die Umhüllung abzustreifen. Dabei oder durch die entwickelte Hitze flog der Verschluß ab und darauf explodierte der Tank. Der Ingenieur muß einige Schritte gelaufen sein. Er fand sich in einer Ecke wieder. Er erhielt nur geringe Brandwunden. Er wollte deshalb einem brennenden Mann zur Hilfe eilen. Dabei wurde er aber wieder ohnmächtig. Fünf Mann hatten außerordentlich schwere Brandwunden, an denen sie einige Tage darauf im Cuxhavener Krankenhaus starben. Es waren die Schlosser Reimer, Walter, Strodel und Trug und der Heizer Tausock. Bei drei anderen, dem Beschuldigten M., dem Vorarbeiter Schwenkel und dem Monteur Appelas, heilten die Brandwunden nach einigen Wochen. Die Verhandlung ergab in jeder Weise die Unschuld des Angeklagten. Der Werkmeister Göttke hielt sogar das Vorgehen des M. für das Richtigste, wenn er, wie B. im Vorverfahren angegeben hatte, zuerst Benzin auf Twist goß und diesen in das Feuerzeug ausdrückte, weil die kleine Kanne nicht vorhanden war. G. will aber die Füllung der Feuerzeuge mit Benzin überhaupt verboten haben. Die Behauptung des M., daß er nichts davon wußte, konnte nicht widerlegt werden. M. hatte nur seiner Pflicht genügt. Höchstens könnte man den geflüchteten B. als den Brandstifter bezeichnen, da er das Feuerzeug im Storeraum nicht entzünden durfte. Dennoch hielt der Staatsanwalt die Schuldfragen für erwiesen. Er beantragte, da M. nicht die nötige Sorgfalt anwandte, sechs Monate Gefängnis. In längerer Rede zerstreute der Verteidiger die letzten Stützen der Anklage. Er stellte fest, daß nirgends der geringste, auch nur zufällige Zusammenhang mit der Tat des B. vorhanden sei. Er ging sogar so weit, daß er behauptete, daß die Explosion erst durch die Rettungsaktion entstanden sei. M. hatte nur die Wünsche der Arbeiter zu erfüllen. Niemandem konnte er das geringste verbieten. Dann käme dem M. zugute, daß damals mit Hochdruck gearbeitet wurde. Nach kurzer Beratung wurde M. freigesprochen. Es fehle jede Voraussetzung einer Fahrlässigkeit, dann sei nicht nachgewiesen, daß er etwas von einem Verbot der Füllung der Feuerzeuge wußte. Vor allen Dingen konnte er nicht vorher wissen, daß ein Erwachsener in solch unverantwortlicher Weise mit dem Feuerzeug umging und dieses brennend zwischen feuergefährliche Sachen werfen würde.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

HOLSTENHAUS

G. m. b. H. LUBECK Holstenstraße.

Für je **20** Pfennig Ihres Einkaufs **eine Rabattmarke.**

6587

Große Ladungen
Lebensmittel bester Qualität

Schwedische **Kronsbeeren** 10 Pfund 1.65 5 Pfund **85** ₰

Blaue Pflaumen 10 Pfund 60 ₰ 5 Pfund **32** ₰

Große **gelbe Gurken** 10 Pfd. 1.30 5 Pfund **68** ₰

Grüne **Einleg-Gurken** 10 Pfund 85 ₰ 5 Pfund **45** ₰

Pfirsiche	Stück	20, 15,	10 ₰
Ananas	Pfd.		80 ₰
Blaue Weintrauben	Pfd.		80 ₰
Große Tafelpflaumen	Pfd.		20 ₰
Tafelbirnen	Pfd.	30, 20,	10 ₰
Gelbe Pflaumen (Kreten)	Pfd.		13 ₰
Kochbirn. u. Aepfel		15,	8 ₰
Rot- u. Weißkohl		15, 10,	8 ₰
Schnabel-Erbsen	2 Pfd.		25 ₰
Große Bohnen	Pfd.		5 ₰
Stangenbrechbohnen	Pfd.		8 ₰
Perlbohnen	Pfd.		15 ₰
Schneidebohnen	Pfd.		13 ₰
Junger Spinat	Pfd.		15 ₰

Braunschw. Blutwurst	Pfd.	70 ₰
Delikateß-Sülze	Pfd.	80 ₰
Leberwurst	Pfd.	90 ₰
Gekochte Mettwurst	Pfd.	90 ₰
Landmettwurst	Pfd.	1.30
Teewurst	Pfd.	1.40
Edamer Käse	Pfd.	1.00
Schweizerkäse	Pfd.	1.00 80 ₰
Holländer Käse	Pfd.	1.00 90 ₰
Tilsiter Käse	Pfd.	90, 70, 50 ₰
Hies. Flomenschmalz	Pfd.	70 ₰
Feinste Meiereibutter	Pfd.	1.24
Weizenmehl	Pfd.	20, 17 ₰
Zucker gemahl. u. Kristall	Pfd.	21 ₰

Suppenhühner u. junge Brathähne Pfd. 80 ₰

Frische Rebhühner Stück 1.30 u. 1.00

Große **gelbe Bananen** 10 Stück **45** ₰

Lissaboner **Weintrauben** große Beeren Pfund **30** ₰

Hiesiger **Blumenkohl** Kopf 15 ₰ 10 ₰ **5** ₰

Lange **Kartoffeln** 100 Pfund frei Haus 2.85 ℳ 10 Pfund **32** ₰

Frisches Fleisch vom Lübecker Schlachthof • Junges Rindfleisch Bratenstücke Pfd. 95 ₰ Pfd. **75** ₰ • Jung. Schweinefleisch Bratenstücke Pfd. 95 ₰ Pfd. **80** ₰ • Junges Hammelfleisch Bratenstücke Pfd. 95 ₰ Pfd. **88** ₰ • Ia. fettes Kalbfleisch Bratenstücke Pfd. 1.00 Pfd. **88** ₰

Verkauf sensationell billiger Gelegenheits-Posten
Damen-, Herren- und Kinder-Stiefel

Herren-Schnürstiefel echt Chevreau und Rindbox amerikanische Formen im Derbyschnitt, auch mit Lackkappe . . . . . Als Gelegenheitskauf **6.95**

Damen-Knopf- und Schnürschuhe echt Chevreau und Chromkid neueste amerik. Formen, mit Lackkappe, z. T. mit mod. Stoff- und Wildleder-Einsatz Als Gelegenheitskauf 7.50, 5.95 u. **4.95**

Kinder-Schnürstiefel echt Chevreau mit Lackkappe und Rindbox Größe 31/35 **4.95** Größe 27/30 **3.95** Größe 23/26 **2.95**

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel kaufen Sie billig und reell bei Markt 4. **Otto Albers** Kohlmarkt 10. z. B. kompl. Betten v. 12.50 Mk. an. Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mk. 62) Rote Lubeca-Marken.

Deutscher **Bauarbeiter-Verbd.** Zahlstelle Schlutup.

Einladung zum **Sommerfest** verbunden mit **Ball u. Preiskegeln** am Sonntag, d. 7. September im Lokale des Herrn Vetter Gasthof „Zur Post". Anfang des Balles 5 Uhr. Ende 2 Uhr. NB. Die Mitglieder des Zweigvereins Lübeck und der umliegenden Zahlstellen sind hiermit besonders eingeladen. Empfang der auswärtigen Kollegen mit Musik um 4 Uhr. (6420)

Achtung! Deutscher **Bauarbeiter-Verbd.** Zweigverein Lübeck. Sammeln zur **Vergnügungstour nach Schlutup** am Sonntag, d. 7. September mittags 2¼ Uhr auf dem Burgfeld Ecke Roeckstraße. 6573) Das Komitee.

Achtung! Bauarbeiter Schwartau! Einladung zum **BALL** am Sonntag, d. 7. September in Süfkes Gasthof in Renseield. Anfang 7 Uhr. Ende 3 Uhr. 6578) Eintritt 80 Pfg. Das Komitee. J. Süfke.

Waisen-Hof Jeden Freitag: **Gr. Tanzmusik** Anfang 8 Uhr. (6559) Gust. Gipp.

Zum alten Mecklenburger Landkrug. Sonntag, den 7. September: **Großes Erntefest** mit Konzert u. Kindervergnügen. Um 4 Uhr: Umzug der Kinder mit Konzert und Erntewagen, wozu Harken, Schaufeln und kleine Geschenke gratis verteilt werden. Um 8 Uhr: Laternen-Polonäse, wozu Laterne gratis. Eintritt a Person 10 Pfg. **G. Luckmann** Bei der Lohmühle 1. (6566

Konzerthaus **Zauberflöte.** Täglich großes Konzert. Erstklassige humoristische Klown-Kapelle **Charly Petrelly** „Die fidelen Leipziger" genannt „Die 7 Blödsinnigen". Eintritt frei. Anfang 7½ Uhr. Sonntags Anfang 4 Uhr. Infolge der hohen Gage für diese erstklassige Konzerttruppe ist der Eintrittspreis für Sonnabends und Sonntags auf 20 Pfg. a Person festgesetzt. (6588 **Ludwig Koek.**

„Cines" Hansa-Theater. Jeden Freitag: Neues Programm vom 5. bis 11. September

Variété-Akte:
- **Les Marekys** Spanische Tänze.
- **Rembrandt** Karikaturist und Rauchmaler.
- **Werds Brothers** Humoristische Akrobaten.
- **Konerz Brothers** Neuartiger Diabolo-Akt.
- **Joburg Giris** Engl. Gesang und Tanz.
- **Silbons Katzen** Humoristischer Dressurakt

und unsere renomierten **Licht-Kunstspiele.**

Vorstellung: Wochentags 8¼ Uhr. Sonntags 4 und 8 Uhr.

Preise der Plätze: Loge 3 ℳ, Fremd.-Loge 2.50 ℳ, Fauteuil 2.50 ℳ, Sperrsitz 2.00 ℳ, Parkett 1.50 ℳ, Seit.-Parkett 1.25 ℳ, Parterre 1.00 ℳ, Seit.-Parterre 75 ₰, 1. Balkon 1.25 ℳ, 2. Balkon 1 ℳ, Seiten-Balkon 75 ₰, Galerie 50 ₰, Stehplätze 50 ₰.

Sonntags, 4 Uhr nachm.: **Jugend- u. Fremden-Vorstellung (Kleine Preise!)**

Vorverkauf bei **Friedr. Sager,** Kohlmarkt 3, Fernsprecher 1333 und **Friedr. Nagel,** Markt 14, Fernsprecher 558. (6580

Zentralverband der **Maschinisten und Heizer** sowie Berufsgen. Deutschl. Zahlstelle Lübeck. Einladung zum **BALL** am Sonntag, d. 7. September im „Gewerkschaftshaus" Johannisstr. 50—52. Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr. Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei. Einz. Dame 20 Pfg., wof. Garderobe. 6586) Das Komitee.

Lübecker Sommer-Theater i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert. Sonnabend, den 6. September: Gerhard Hauptmanns neuestes Werk **Gabriel Schillings Flucht.** Repertoirstück aller ersten Theater. Sonntag, den 7. September: Der größte Operettenschlager **∴ Puppchen ∴** Titelrolle: Fritz Langendorf. Gehn wir mal zu Hagenbeck — — Da das herrliche Arthur Schnitzlersche Schauspiel **Liebelei** Donnerstag wieder ausverkauft war und viele keinen Platz erhielten, wiederhole ich es in der letzten Spielwoche noch einmal. Schluß der tatenreichen Saison Sonntag, den 14. September. 6579) Anfang stets 8¼ Uhr.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 208. Freitag, den 5. September 1913. 20. Jahrg.

Wirtschaftliche Entwicklung und Genossenschaftsbewegung in Rußland.

Der alles nivellierende Druck der Reaktionsperiode in Rußland erschwert außerordentlich den Einblick in den sozialen und politischen Kristallisationsprozeß, der sich unaufhaltsam im ganzen Reich vollzieht. Und doch unterliegt es keinem Zweifel, daß mit der fortschreitenden ökonomischen Entwicklung, mit der Verschärfung der politischen und wirtschaftlichen Kämpfe ein intensiver Differenzierungsprozeß in den Bevölkerungsklassen stattfindet. Wie die industrielle Prosperität und das Vordringen des Großkapitals auf allen Gebieten der Gütererzeugung die steigende Welle der Arbeiterbewegung wieder ins Leben gerufen hat, so erzeugt auch die Umwälzung der Agrarverfassung, das Hineinziehen der entlegensten Wirtschaftsgebiete in das Getriebe der kapitalistischen Entwicklung neue Formen der sozialen und wirtschaftlichen Betätigung, die unter der äußeren Hülle des halbasiatischen Polizeistaates Stützpunkte schaffen für die Europäisierung und Demokratisierung des gesamten Staatswesens.

Zu diesen neuen Formen muß ohne Zweifel auch die russische Genossenschaftsbewegung gezählt werden, die in den letzten sechs Jahren einen ungeheuren Aufschwung genommen hat. Nach annähernder Schätzung beläuft sich die Zahl der russischen Genossenschaften auf 25 000 und die ihrer Mitglieder auf mehrere Millionen. Allerdings dürfen diese Zahlen keineswegs etwa den deutschen gleichgestellt werden, da sie die verschiedenartigsten Formen der Genossenschaften zusammenfassen. Aber selbst nach den Einschränkungen, die sich aus der näheren Betrachtung dieser Zahlen für uns ergeben, liefert die russische Genossenschaftsbewegung als ganzes wie in ihren einzelnen Teilen ein Bild, in dem sich die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Rußlands in interessanter Weise wiederspiegelt.

Einen Einblick in diese Entwicklung gewährt uns der kürzlich stattgefundene Allgemeine russische Genossenschaftskongreß in Kiew. In den 5 Jahren, die seit dem ersten Kongreß in Moskau verstrichen sind, hat der oben gekennzeichnete Prozeß einschneidende Veränderungen in der Stärke wie in dem Charakter der russischen Genossenschaftsbewegung hervorgerufen. Während auf dem ersten allgemeinen Kongreß im Jahre 1908 die Konsumgenossenschaften tonangebend waren, stand der diesjährige Kongreß unter dem starken Einfluß der Kreditgenossenschaften, die zahlenmäßig am stärksten vertreten, als die Ideologen des ländlichen und des städtischen Kleinbürgertums auftraten. 1908 gaben sich viele Genossenschaftler noch der Hoffnung hin, die wirtschaftliche und politische Reaktion durch Konsumgenossenschaften bekämpfen zu können. Aber die dann mit besonderer Heftigkeit einsetzenden Verfolgungen, die nach der politischen auch die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterklasse zerstörten, führten diese illusionären Erwartungen auf das Maß zurück, das die Entwicklung der unabhängigen Genossenschaften in Verbindung setzt mit der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung der Arbeiterklasse. Inzwischen wurde aber diese Organisationsform von den kleinbürgerlichen Schichten aufgegriffen. Die Zerstörung der alten Landgemeinde („Mir") durch die stolypinsche Agrargesetzgebung stellte die Bauernschaft vor die Notwendigkeit, eine neue Organisation ins Leben zu rufen, die den Anforderungen des modernen Kapitalismus entsprach. Je stärker die Geldwirtschaft in das Dorf einzog und die alten Wirtschaftsformen umwälzte, je stärker der Differenzierungsprozeß in der Bauernschaft einsetzte, desto günstiger wurde der Boden für die Entwicklung des modernen Genossenschaftswesens. Entsprechend dem Charakter der vielgepriesenen stolypinschen „Agrarreformen", die der Proletarisierung der Bauernmasse und der Bereicherung der Dofbourgeoisie die Wege ebnen, nahm von allen Formen der Genossenschaften die Kreditgenossenschaft in den Dörfern eine besonders schnelle Entwicklung. Während 1906 kaum 3 % aller Bauernhöfe an Kreditgenossenschaften beteiligt waren, sind jetzt von 31 Millionen 6,5 Millionen Bauernhöfe oder 20 % in Kreditgenossenschaften organisiert. Neben diesen Organisationen müssen noch die Genossenschaften zum Vertrieb landwirtschaftlicher Erzeugnisse genannt werden, die namentlich in Sibirien, Polen und im Kaukasus einen starken Aufschwung genommen haben. Wie in den Kreditgenossenschaften überwiegt auch in ihnen das kapitalistische Interesse. Auch in dem größten Teil der Produktionsgenossenschaften, den sogenannten „Artels", die selbst Lohnarbeiter beschäftigen, tritt der Charakter der Arbeitsgemeinschaft vor dem der gemeinsamen Ausbeutung fremder Arbeitskräfte zurück. Am sträksten tritt noch der Charakter des modernen Genossenschaftswesens in den russischen Konsumgenossenschaften zutage. Aber auch hier befinden sich die unabhängigen Konsumgenossenschaften der Arbeiter in der Minderheit, da die Arbeiter, ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisation fast gänzlich beraubt, für den Ausbau ihrer Genossenschaften nur wenig tun konnten. Die Gesamtzahl der Konsumgenossenschaften beläuft sich auf 8372, die ca. 740 000 Mitglieder zählen. Die Mehrzahl dieser Genossenschaften jedoch (Eisenbahnergenossenschaften, Fabrikläden usw.) befinden sich in Abhängigkeit von der Verwaltung oder dienen vorzugsweise den Interessen kleinbürgerlicher Schichten. Sieht man von diesem spezifischen Charakter der russischen Konsumgenossenschaften ab, muß man rein äußerlich ihre enorme Entwicklung bewundern. Der Moskauer Verband, der 776 Genossenschaften umschließt, hat besonders in den letzten Jahren einen gewaltigen Aufschwung genommen und repräsentiert mit seiner großen Mitgliederzahl und seinem Millionenumsatz eine Macht, mit der die privaten Firmen rechnen müssen. Zurzeit sind diesem Verband auch die unabhängigen Arbeiterkonsumvereine angegliedert, die noch nicht stark genug sind, einen selbständigen Verband ins Leben zu rufen.

Entsprechend den geschilderten Verhältnissen zeigte der Allgemeine Genossenschaftskongreß in Kiew ein starkes Uebergewicht der kleinbürgerlichen Elemente und der kapitalistischen Interessen. Die Herrin des Kongresses war die Sektion der Kreditgenossenschaften, die von insgesamt 1500 Kongreßteilnehmern 800 Mitglieder zählte. Diese Zusammensetzung des Kongresses brachte es mit sich, daß die „Praktiker", die liberalen Opportunitätspolitiker das Uebergewicht hatten. Sie ließen sich nicht nur die Diktatur des von der Regierung ernannten Vorsitzenden gefallen, sie verbannten auch aus den Verhandlungen im Plenum alles, was der Regierung mißfallen und den Kongreß auf ein höheres Niveau heben konnte. Trotzdem aber trug der Kongreß das Gepräge ernsten Vorwärtsdringens der bürgerlich-demokratischen Elemente, die auf dem Boden der wirtschaftlichen Entwicklung konsequent an der Europäisierung des Landes arbeiten.

Ein Kapitel für sich bildet das Verhältnis der unabhängigen Arbeiterkonsumvereine zu den allgemeinen Genossenschaften. Auf dem Kongreß hatte sich eine besondere Arbeitergruppe konstituiert, die nicht nur der Harmoniedusselei der kleinbürgerlichen Genossenschaftler entgegentrat, sondern auch in den Sektionen wie im Plenum die Interessen der Arbeiter und Angestellten in den Genossenschaften verfocht. Ihre allgemeine Stellung formulierte sie in einer Erklärung, deren Verlesung durch den Dumaabgeordneten Genossen Petrowski bezeichnender Weise durch den Vorsitzenden untersagt wurde. In dieser Erklärung lehnt die Arbeiterdelegation es ab, die heutigen Genossenschaften als das Institut einer neuen sozialen Ordnung, und die Elemente, die sie bilden, als eine einheitliche Klasse anzuerkennen. Sie lehnt ferner die Möglichkeit einer Interessenharmonie zwischen produzierenden und konsumierenden Eigentümern einerseits und den Konsumenten aus der Lohnarbeiterklasse andererseits ab. Die Arbeiterdelegation erkennt an, daß die Arbeitergenossenschaften als wirtschaftliche Einheiten, soweit sie im Rahmen der heutigen Klassengesellschaft wirken müssen, die Gegensätze zwischen sich und ihren Lohnarbeitern nicht zu beseitigen vermögen. Die Delegation verschließt sich indessen nicht der Tatsache, daß die unabhängigen Arbeiterkonsumvereine durch die Organisation des Konsums nach den Grundsätzen der größeren Wirtschaftlichkeit, durch eine umfassende Aufklärung ihrer Klasse, durch die Unterstützung der proletarischen Bewegung in ihren sozialen Formen, zweifellos ein wünschenswertes und nützliches Element der allgemeinen Organisationsarbeit des Proletariats darstellen.

Auf Grund des Dargelegten gab die Arbeiterdelegation folgende Erklärung ab: „Die Gemeinschaft der Arbeiterkonsumvereine mit den Genossenschaften der anderen Klassen ist nur eine vorübergehende.

„Die Aufgabe der Arbeiter auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens ist, eigene unabhängige Genossenschaften mit eigenen Zentren ins Leben zu rufen."

Am Schlusse der Erklärung lehnte die Arbeiterdelegation es ab, den in undemokratischer Weise einberufenen allgemeinen Kongreß als ihre höchste Instanz anzuerkennen.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen. Die Parteiorganisation des Kreises Schwarzburg-Sondershausen beschäftigte sich am 30. August mit der Zustimmung der Fraktion zu den Deckungsvorlagen. Nach eingehender Diskussion, in der ein Teil der Parteigenossen gegen, der größere Teil für die Stellungnahme der Fraktion zu diesen Fragen eintrat, wurde mit allen gegen neun Stimmen eine Resolution angenommen, in der sich die von 100 Mitgliedern besuchte Versammlung mit der Stellungnahme der Reichstagsfraktion zu den Deckungsvorlagen einverstanden erklärt. Die Fraktion habe im Kampfe gegen die Wehrvorlage ihren Mann gestanden. Hätte sie bei den Deckungsvorlagen einen anderen Standpunkt eingenommen, dann hätte das nicht im Interesse der Arbeiterklasse gelegen.

Verfehlte Aktion. Am Montag vormittag wurde in Köslin bei dem Genossen Prüfer eine polizeiliche Haussuchung vorgenommen und die Kassenbücher sowie die Korrespondenz des Wahlkreises Köslin-Kolberg-Bublitz beschlagnahmt. Die Aktion ist nur darauf zurückzuführen, daß die Staatsanwaltschaft Material herbeischaffen will, um den Genossen Ostwald, Leiter der Abteilung Kolberg des Kreisvereins, wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes — er soll die Mitgliederliste des

Das ewige Gericht.

Roman von Max Treu.

(14. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Sind Sie die Wirtin des Herrn Haltmann?"

„Jawoll! Was wünschen Sie denn von ihm?"

Ein Lächeln glitt über Maries Züge.

„Das habe ich ihm nur selbst zu bestellen —"

„Sind Sie wohl seine Braut?"

„Das gerade nicht — aber ich kenne ihn gut! Wo ist er denn? Und wollen Sie mich denn nicht wenigstens in sein Zimmer treten lassen — ich möchte nicht meine Unterhaltung auf der Treppe führen —"

Der mißtrauische Blick, der aus den Augen der Frau auf sie fiel, entging Marie nicht. Sicher und bestimmt, als handle es sich um etwas Selbstverständliches, trat sie in die Wohnung ein.

„Ist dies das Zimmer des Herrn Haltmann?" fragte sie die Frau.

„Es war sein Zimmer!" entgegnete diese. „Jetzt hat er ein anderes —"

„Ah so! Dann entschuldigen Sie! Können Sie mir seine neue Adresse angeben?"

„O ja — gewiß — er sitzt —"

Verwundert blickte Marie die Sprecherin an.

„Ich verstehe Sie nicht, liebe Frau —"

„Ja, ja, er sitzt! Eingesperrt haben sie ihn — ins Landgerichtsgefängnis —"

Neugierig und mit dem Ausdruck heller Schadenfreude hafteten die Augen der Frau auf Marie Sanders, um sich an der Wirkung ihrer Worte zu weiden. Aber sie täuschte sich: keine Miene änderte sich in dem vornehmen, stolzen Gesicht der fremden Besucherin, nicht einmal ein flüchtiges Zucken flog über die hohe, schlanke Gestalt, und ruhig, wie vorhin, klang ihre weitere Frage:

„Sie werden mir gewiß sagen können, weshalb Herr Haltmann verhaftet ist?"

Die völlige Ruhe, dieser kühle, überlegene, vornehme Ton ärgerte die Frau noch mehr.

„Der?" zischte sie. „Ein schöner Herr! Eingebrochen ist er, wenn Sie es wissen wollen, und fünf Jahre im Zuchthaus gesessen hat er auch schon —"

„Ich bitte Sie, mir zu sagen, wessen er beschuldigt wird!"

„Na ja, eingebrochen ist er, in eine vornehme Villa, und tausend Mark hat er gestohlen — und neunhundert Mark haben sie davon noch hier in seiner Wohnung gefunden, lauter schöne, neue Einhundertmarkscheine — und dann haben sie ihn eingelocht — und mich hat er auch betrogen — ein sauberer Herr, der Herr Haltmann! Die Miete für den Januar ist er mir noch schuldig, und voll muß er mir den Monat bezahlen — ich könnte viel mehr verlangen, denn er hat eine ehrliche Frau fast um ihren guten Ruf gebracht! Wer wird denn jetzt hierher noch ziehen wollen, in die Wohnung, in der ein Einbrecher gewohnt hat! Ich verklage ihn auch noch — jawoll — gar nicht mehr aus dem Loch dürfen solche Menschen kommen!"

Ruhig hatte Marie die Frau ausreden lassen. Jetzt erst fragte sie, aus tiefem Nachsinnen auffahrend:

„Neunhundert Mark hat man bei ihm gefunden? Lauter neue Einhundertmarkscheine?"

„Jawoll! Ein sauberer Patron, nicht wahr? Und mir ist er die Miete schuldig geblieben — mir, einer ehrlichen Frau, der kein Mensch etwas nachsagen kann."

„Wie hoch berechnen Sie Ihren Schaden?"

„Meinen Schaden? Der läßt sich gar nicht berechnen! Denn daß ein Einbrecher bei mir gewohnt hat, das läßt sich gar nicht wieder gut machen! Ich bin immer eine ehrliche Frau gewesen —"

Und sie fuhr sich mit dem Zipfel ihrer blauen Schürze über die Augen.

„Wie hoch beläuft sich der Mietpreis für die Wohnung?" fragte Marie.

„Achtzehn Mark — ja — und darum bin ich betrogen — ich gehe zum Staatsanwalt —"

„Das steht ganz in Ihrem Belieben, beste Frau! Hier haben Sie vierzig Mark — Miete und Entschädigung — ich komme nachher wieder und werde die sämtlichen Sachen Herrn Haltmanns verpacken und an mich nehmen!"

„Tun Sie das man, Fräulein! Ach Gott, wissen Sie, er war ja doch sonst ein so braver Mensch — jeden Abend zu Hause — so solid, so fleißig" — und dabei klimperte sie mit den beiden Zwanzigmarkstücken, die ihr Marie gegeben — „ein so junger Mensch —"

Marie wehrte kurz ab.

„Ich komme nachher wieder!"

Hastig ging sie die Treppe hiab.

Auf der Straße angelangt, erkundigte sie sich bei Passanten nach dem Landgericht; man wies sie hin. Der Portier fragte, was sie wolle.

Ob vielleicht einer der Staatsanwälte zu sprechen sei, entgegnete sie.

„Jawohl!" sagte der Portier und nannte ihr eine Zimmernummer. Bald hatte sie die Tür gefunden, klopfte an und trat ein.

Der Staatsanwalt erhob sich von seinem Sitz und verneigte sich höflich.

„Was wünschen Sie?" fragte er würdevoll.

„Ich möchte in der Angelegenheit des Herrn Karl Haltmann um eine Rücksprache bitten!"

Der Staatsanwalt bat sie, Platz zu nehmen. Sie kam dieser Aufforderung nach und begann dann:

„Ich höre soeben, daß Herr Haltmann beschuldigt wird, aus einer Villa neunhundert Mark gestohlen zu haben!"

Der Staatsanwalt nickte.

„Gewiß! Er leugnet zwar die Tat, ist aber bereits vollständig überführt! Er behauptet, die neunhundert Mark geschenkt erhalten zu haben, weigert sich jedoch, den Namen des Schenkers zu nennen — ein alter Verbrecherkniff, auf den wir nicht mehr hereinfallen!"

Ruhig entgegnete Marie:

„Diesmal irren Sie! Haltmann hat recht: er hat die neunhundert Mark geschenkt bekommen —"

Der Staatsanwalt fuhr auf:

„Unmöglich! Wir haben die Gegenbeweise! Woher wollen Sie das wissen?"

„Das muß ich wissen, denn ich bin es, die ihm die neunhundert Mark gegeben hat!" sagte Marie.

„Sie?"

Auf das höchste erstaunt, starrte sie der Beamte an.

„Ja, ich!"

„Aber unsere Beweise —"

„Beweisen dann eben nichts!" fiel Marie mit voller Entschiedenheit ein.

„Wie wollen Sie beweisen, daß Sie ihm in der Tat das Geld gegeben haben? Wer sind Sie, mein Fräulein?"

„Marie Sanders ist mein Name — verzeihen Sie, daß ich ihn nicht schon nannte! — Ich habe jenen Betrag an Herrn Haltmann gezahlt als einen Teil einer alten Schuld, die ich bei ihm habe —"

„Aber warum tut er denn den Mund nicht auf?" fuhr der Staatsanwalt ärgerlich auf.

Ein ganz leises schmerzvolles Lächeln zuckte um Maries Lippen.

„Wahrscheinlich weil er glaubte, daß seine völlige Unschuld ihm ohnedies zum Siege verhelfen müsse, und — vielleicht, weil er zu ritterlich dachte, eine ihm bekannte Dame in die heute so wenig beneidenswerte Stellung einer Zeugin zu bringen!"

Dr Staatsanwalt schüttelte verwundert den Kopf.

„So etwas ist mir noch nicht vorgekommen. Und sind Sie, wenn es verlangt würde, bereit, die von Ihnen bekundete Tatsache zu beschwören?"

„Selbstverständlich in jedem Augenblick! Sie enthält die lautere Wahrheit!"

(Fortsetzung folgt.)

Vorstandes der Polizei einreichen — zu belangen. Die behördlichen Bemühungen sind vergebens.

Es gibt keine Klassenjustiz? Vor kurzem war der Lagerhalter Genosse Felix Weiß aus Bischofswerda vom Dresdener Oberkriegsgericht im Berufungsverfahren wegen Beleidigung eines Vorgesetzten im Dienst und Achtungsverletzung vor versammelter Mannschaft zu der unerhört harten Strafe von vier Wochen strengen Arrest verurteilt worden. Der Prozeß, der dem Genossen Weiß wegen eines Zwischenfalles bei einer am 24. April ds. Js. im Schützenhaus in Bischofswerda stattgefundenen Kontrollversammlung gemacht wurde, ist das Ergebnis einer niedrigen Denunziation, durch die ein nützliches Element dem Staat einen ganz besonderen Dienst zu erweisen glaubte. Wir haben seinerzeit über den Vorfall berichtet und hinzugefügt, daß das Urteil nur verstanden werden kann, wenn man den politischen Hintergrund betrachtet, den der Prozeß hat. Denn Weiß — ein bisher gänzlich unbestrafter und vorzüglich beurteilter Mann — stand nicht nur als Angeklagter und Landwehrgefreiter, er stand als Sozialdemokrat vor den Militärrichtern! Das beweist die Vorgeschichte des Prozesses und der Verlauf des Prozesses selbst. Und davon ist das Gericht beeinflußt worden, wenn die Richter auch der Ueberzeugung sein mögen, unbeeinflußt geurteilt zu haben. Der Denunziant und dessen Umgebung — Angehörige der gelben Richtung — benutzten den Vorfall, um den Genossen Weiß als politischen Gegner auf längere Zeit unschädlich zu machen. Die „Straftaten" unseres Parteigenossen — die nur durch ein anonymes Schreiben zur Kenntnis der Militärbehörde gekommen sind, bestehen darin, daß er den Bezirksmajor, der die Kontrollversammlung leitete und dem Weiß vorher als Sozialdemokrat bezeichnet worden war, durch Aeußerungen im Gliede beleidigt haben soll. Der Major hatte mehrfach Ausstellungen an Weiß machen zu müssen geglaubt. Als Weiß sich schließlich in der Gruppe übrig gebliebenen Mannschaften befand, sagte der Major zu ihm, er solle sich in den Hals hinein schämen. Weiß fühlte sich vorschriftswidrig behandelt und bloßgestellt, und in der Erregung darüber sagte er im Gliede: „Der Major soll nur morgen mal zu mir kommen, da werde ich ihm schon Bescheid sagen!" Darin liegt nun die Achtungsverletzung. Obgleich das Auftreten des Majors den erwachsenen Männern gegenüber nach der Kontrollversammlung allgemein abfällig beurteilt worden war, Weiß auch geltend machte, daß er gereizt und erregt gewesen sei, und sogar der Anklagevertreter zugab, daß das Auftreten des Majors bei der Kontrollversammlung als eine „gewisse Schärfe" anzusehen sei, wurde dem Angeklagten der Schutz des § 98 versagt und auf obige exorbitante Strafe erkannt. Das Urteil wurde damals mit Recht als ein Tendenzurteil bezeichnet, und in dieser Auffassung wird man vollauf bekräftigt, wenn man die jetzt vorliegende schriftliche Begründung des Urteils liest, die den Klassencharakter ins grellste Licht rückt. Nachdem die tatsächlichen Feststellungen gewürdigt, heißt es dann wörtlich: „Aber auch aus subjektiven Gründen kann der Angeklagte nicht die Rechtswohltat des § 98 für sich in Anspruch nehmen. Das Oberkriegsgericht ist auch voll überzeugt, daß der Angeklagte keineswegs etwa in der irrtümlichen Annahme gehandelt hat, daß der Major ihn mit den Vorhalten vorschriftswidrig oder herabwürdigend behandele oder die Grenzen der Dienstgewalt überschreite, daß vielmehr der Beweggrund zu seinem Verhalten nur in der politischen Gesinnung des Angeklagten zu finden ist, die ja jede staatliche Autorität leugnet und sich deshalb von jeder ihrer Aeußerungen empfindlich getroffen fühlt. Der Angeklagte hat sonach nicht in einem tatsächlichen Irrtum über die Voraussetzungen der strafmildernden Tatbestände gehandelt." — Gegen das oberkriegsgerichtliche Urteil ist Revision eingelegt worden und das Reichsmilitärgericht wird als höchste Instanz in der Angelegenheit zu befinden haben.

Das Erfurter Kriegsgerichtsurteil vor dem Oberkriegsgericht.

Die Beweisaufnahme am zweiten Verhandlungstage ergab nichts Neues. Der Gendarm Stock war in seinen Aussagen fast noch schroffer als in der Verhandlung vor dem Kriegsgericht, und als er gar in seine Aussagen das Urteil anderer Leute mit hineinziehen und damit die Angeklagten als aufsässige Menschen hinstellen wollte, die sich in alle Dinge einmischten, mußte er sich eine scharfe Zurechtweisung vom Verhandlungsleiter gefallen lassen. Wenn er nicht persönlich etwas Nachteiliges über das Vorleben der Angeklagten zu sagen wisse, — so meinte der Verhandlungsführer — dann solle er nicht durch solche Aeußerungen anderer Leute die Ergebnisse der Beweisaufnahme verwischen. Auch der Wolkramshäuser Polizeisergeant Müller mußte sich sagen lassen, daß er nicht zu grinsen brauche, denn die Sache sei wirklich sehr ernst.

Die Zeugenaussagen sind den Angeklagten auch jetzt günstig. Niemand kann ein klares Bild von den Vorgängen geben. Selbst die Aussagen des Gendarmen und des Polizisten weichen voneinander ab, was der Verhandlungsleiter selber feststellte. Der Gemeindevorsteher von Wolkramshausen hatte schon in der Verhandlung vom 27. Juni die Ansicht des Kriegsgerichts, als ob die Angeklagten aufsässige, gewalttätige Menschen seien, als irrig zurückgewiesen, indem er wörtlich sagte: Nein, meine Herren, so schlimm ist das denn doch nicht. Die Leute sind alle lobenswerte, gutmütige Charaktere, und ihre unüberlegten Taten müssen nur auf die Wirkung des Alkohols zurückgeführt werden. — Auf Anfragen erklärte der Zeuge, er müsse diese Aussage auch in der heutigen Verhandlung in vollem Umfange aufrechterhalten, und er betont noch einmal, daß die Angeklagten nüchterne Menschen seien, die sich niemals ungebührlich betragen hätten; er könne durchaus nichts Nachteiliges über sie aussagen. Kolbe sei Mitglied eines Kriegervereins und Hagemeier habe sich sieben Jahre hindurch als Mitglied der freiwilligen Feuerwehr in der Gemeinde betätigt und auch sonst stets seine Schuldigkeit getan. Die Angeklagten seien alle gutmütig und nur in der Trunkenheit leicht erregbar. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Barnow-Berlin, stellte zu Beginn des zweiten Verhandlungstages den Antrag auf Abhaltung eines Lokaltermins, da z. B. Kolbe weniger am Krawall beteiligt gewesen sei, als die Anklage annehme.

Drei Zeugen, Schulze, Schilling und Fischer bekundeten übereinstimmend, die Angeklagten hätten sich nicht widersetzt. Aber der Polizist und der Gendarm seien den Leuten noch vor dem Hause mit blanken Säbeln nachgelaufen und hätten dreingeschlagen. Der Vater des Angeklagten Georges sagte, daß ihm einige Tage nach dem Vorfall der Polizist Müller mitteilte, die Kerls müßten etwas im Bier gehabt haben, so hätten sie nicht so betrunken sein können. Auch der betr. Gastwirt bestätigt, daß ungemein viel Bier getrunken worden sei. Seine Mutter habe die angebliche Belästigung als Spaß aufgefaßt. Über das Buffet sei sie nicht gezogen worden; einer der Angeklagten habe sie nur mit dem Stock angehakt. Schulze hat gesehen, daß einige der Angeklagten Säbelhiebe erhalten hatten. Der Gendarm habe der Mutter des Wirtes seinen Umhang gegeben, bevor er den aus dem Lokal Gedrängten nachstürmte. Diese Aussagen sind darum besonders wichtig, weil der Gendarm und der Polizist bestritten, daß die Angeklagten betrunken gewesen seien und ersterer bekundete, daß ihm der Umhang abgerissen worden sei. Von einigen Zeugen wird ausgesagt, daß Kolbe, der zu 5 Jahren 3 Monaten Zuchthaus verurteilt wurde, abseits gestanden habe und am eigentlichen Krawall nicht beteiligt war. Der zu 7 Monaten verurteilte Robte sagte als Zeuge aus, er habe gegen seine Verurteilung keine Berufung eingelegt, weil er glaubte, es nütze ihm doch nichts; aber er sei sich der ihm zur Last gelegten Taten nicht bewußt, er sei unschuldig. — Zum Schluß der Beweisaufnahme erklärte Polizeisergeant Müller, auf verschiedene, sich widersprechende Aussagen aufmerksam gemacht, daß er sich nicht mehr genau auf verschiedene Fälle besinnen könne. Auch der Gendarm Stock konnte sich nicht mehr auf verschiedene Fälle besinnen. Im allgemeinen halte er seine Aussage aufrecht.

In den Plädoyers der beiden Verteidiger wurde besonders darauf hingewiesen, daß die Angeklagten betrunken waren, und darum seien ihre Vergehen milder zu beurteilen; die Anklage könne nicht mehr in allen ihren Teilen aufrechterhalten werden, da besonders die Aussagen der beiden Beamten schwer erschüttert seien.

Der Anklagevertreter, Kriegsgerichtsrat Dr. Schulter, bemerkte, es müsse Trunkenheit angenommen werden; aber sie sei nicht eine sinnlose gewesen. Derartige Exzesse verletzten die militärischen Interessen so stark, daß keine Veranlassung vorliege, von der Strafe wegen Widerstandes abzugehen. Besonders an Kontrolltagen müsse die Autorität der Vorgesetzten hochgehalten werden. Die Novelle zum Militärstrafgesetz könne jetzt angewandt werden. Die militärische Disziplin sei schwer verletzt; wenn er trotzdem für Milde plädiere, so geschehe es, weil die Angeklagten an diesem Tage nur vorübergehend unter dem Militärgesetz standen. Es müsse aber das Urteil eine Mahnung für spätere derartige Exzesse sein, um so mehr, als die Angeklagten sozialdemokratischer Gesinnung huldigten, also die Staatsautorität untergraben wollten. Er beantrage darum gegen Hagemeier 4 Jahr 3 Monate, Kolbe 3 Jahr 3 Monate, Georges 3 Jahr 3 Monate, Schirmer 4 Jahr 3 Monate Gefängnis. Nach kurzen Ausführungen der Verteidiger und etwa einstündiger Urteilsberatung wurde folgendes **Urteil** gefällt:

Hagemeier wegen Widerstandes und militärischen Aufruhrs **2 Jahr 1 Monat**, Kolbe wegen Widerstands, Beleidigung, Achtungsverletzung **4 Monate**, Georges wegen Beleidigung, Widersetzung, Aufruhrs **1 Jahr 9 Monate**, See wegen Beleidigung, Widerstands, Aufruhrs **2 Jahr 1 Monat**, Schirmer wegen Beleidigung, Widerstands, Aufruhrs **2 Jahr 1 Monat Gefängnis.** — Den Angeklagten Hagemeier, Georges, See und Schirmer wurden je 9 Wochen, dem Angeklagten Kolbe 5 Wochen Untersuchungshaft angerechnet.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Aussperrung im Karlsruher Fleischergewerbe ist nunmehr zur Tat geworden. Die Arbeiter der beiden Großfirmen Gebrüder Hansel und Stephan Gartner haben durch ihre Organisationsleitung und durch das Gewerkschaftskartell alles versucht, um einen friedlichen Ausgang der Tarifbewegung zu erlangen. Sie haben zunächst die von den Unternehmern besonders monierten Forderungen fallen gelassen, sie haben auch das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen. Doch alles das wurde von den Unternehmern trotzig abgelehnt. An den Sekretär des Unternehmerverbandes wurden sie verwiesen, und als sie mit ihm verhandeln wollten und er die Firmen um Vollmacht dazu ersuchte, lehnten die Firmen es ab. Sie erklärten, schon genügend Personal engagiert zu haben, sie könnten das neuengagierte Personal nicht wegschicken, dazu könnten sie sich nur im Notfalle verstehen, wenn sie durch die Situation dazu gezwungen würden. Fast alle Arbeiter sind verheiratet und haben Frau und Kinder zu ernähren; die meisten sind schon jahrelang bei den Firmen beschäftigt. Die Firmen haben auf einen starken Umfall der Beschäftigten gerechnet, sie sind getäuscht worden; nur bei einer Firma verüben einige ältere Leute Streikbruch. — Das Gewerkschaftskartell hat sich bereits mit der Verhängung des Boykotts über alle Produkte dieser Firmen befaßt. Die Firmen haben fast ausschließlich Arbeiterkundschaft. Ihre Hoffnung, daß der Boykott versagen werde, weil die Arbeiterfrauen sich doch nicht „danach scheren", wird sicher an der Solidarität der Arbeiterschaft zugrunde gehen, und die Herren werden sich zu Verhandlungen und zu einem Tarifabschluß bequemen müssen. Bei ihren schlechten Ratgebern, den Scharfmachern im Innungslager, mögen sie sich nachher für ihren Reinfall bedanken.

Die neuen Militärbauten nur für christliche Arbeiter? Die nachfolgend abgedruckte Eingabe des christlichen Steinarbeiterverbandes, Bezirk Würzburg, legt Zeugnis ab davon, in welch unwürdiger Weise sich die Christlichen Vorteile im Arbeitsverhältnis zuzuschanzen suchen. Das Schriftstück, das unserem Freiburger Parteiorgan auf den Redaktionstisch geflogen, ist aus Freudenberg, Amt Wertheim in Baden, datiert und hat diesen Wortlaut:

Freudenberg im Juli 1913.

Zentralverband christlicher Keram- und Steinarbeiter Deutschlands. Bezirk Würzburg.

An die Großh. bad. Staatsregierung, Karlsruhe.

Der ergebenst Unterfertigte erlaubt sich, Ew. Exzellenz im Namen der durch ihn vertretenen christlich und national organisierten Arbeiterschaft nachstehende Bitte ergebenst zu unterbreiten:

Die hohe Großh. bad. Regierung wolle beim Vergeben von Steinlieferungen für Militärbauten, die im Vollzug des neuen Wehrgesetzes in Baden nötig werden, das Steinmaterial der hiesigen Gegend, den roten und gestreiften Sandstein, gütigst berücksichtigen.

Zur Begründung unserer Bitte erlaubten wir uns, anzuführen, daß die Geschäftslage in dem hiesigen großen Steingebiet zur Zeit eine überaus schlechte ist. Ein erheblicher Teil der hier in Frage kommenden Arbeiter mußte bereits abwandern und sich auswärts Brot und Erwerb suchen. Für die meisten ist dies um so härter, weil sie durch kleine Anwesen an die Scholle gebunden sind und damit die Familie zurücklassen müssen. Große Schäden, materieller und moralischer Natur, bringt dieses Auseinanderreißen der Familie mit sich. Die hier in Frage kommenden Steinarbeiter sind zum großen Teil christlich und national organisiert. Nahezu sämtliche Steinarbeiter sind königstreu und vaterländisch gesinnt. Wiederholt haben sie ungeachtet der raffiniertesten und mit großen Mitteln betriebenen Agitation der Sozialdemokratie den Beweis erbracht, daß sie Verständnis für die Bedürfnisse der Nation haben und gern und willig die notwendigen Opfer bringen für des geliebten Vaterlandes Größe und Ansehen in der Welt. Wir haben zur hohen Großh. bad. Staatsregierung das Vertrauen, daß wir nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

Zwischen unseren Arbeitgebern und uns bestehen Tarifverträge, die beide Teile befriedigen. Die Voraussetzungen, unter denen die Reichstagskommission die Zuteilung von Staatsaufträgen wünschte, wären somit ebenfalls gegeben.

Ergebenst gez. Schedel, Bezirksleiter.

Eine alles anders als christlich zu nennende Anschmierung bei der Behörde, durch Diskreditierung andersgesinnter Arbeitskollegen, für sich Vorteile erwirken zu wollen! Oder meinen die Herren Christlichen, die Militärbauten dürften nur von christlichen Arbeitern ausgeführt werden?

Ueber die gewerkschaftliche Bewegung der Schauspieler

veröffentlicht Erich Schlaikjer im 1. Septemberheft des „Kunstwarts und Kulturwarts" (Halbmonatschau für Ausdruckskultur auf allen Lebensgebieten, vierteljährlich 4,50 Mk., Verlag Georg D. W. Callwey, München) einen äußerst interessanten Aufsatz, den wir mit der Erlaubnis des Verlegers unseren Lesern hier wiedergeben.

Das Theater ist das Reich der starken Gegensätze und der starken Konflikte. An der romantischen Auffassung der Bühne die bei jüngeren Semestern üblich ist, ist immerhin so viel richtig, daß das Leben darauf sehr oft einen heißen Atem hat. Etwas von den starken Gegensätzen, etwas von dem Aufregenden und Unberechenbaren, etwas von dem Unsoliden, um es einmal mit einem Wort des Philisters zu sagen, trifft man auch in den Einkommensverhältnissen des Schauspielers. Wie das Leben am Theater überhaupt von der Verzweiflung bis zum taumelnden Rausch alle Uebergänge und Mischungen umschließt, so reicht auch die Einkommensskala des Schauspielers von der untersten Proletarierarmut bis zu dem mehrfachen Ministereinkommen der berühmten „Sterne", und die Schauspielerin berührt sich auf der Höhe mit dem Gothaer Almanach, während sie in der Tiefe das Freiwild von Garnisonsoffizieren ist. Da nun aller wirtschaftlicher Zusammenschluß eines Standes in der Not seinen Ursprung hat, und da der Stand der Schauspieler zu großen Stücken bittere Not enthält, so gelang ihm, was den anderen geistigen Arbeitern bis jetzt nicht gelungen ist — es gelang ihm, in der „Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger" eine Organisation zu schaffen, die alle Angehörigen des Standes umfaßte. War die Organisation aber einmal da, so verfügten die Schauspieler durch die Besonderheit ihres Berufes auch sofort über allerlei Mittel, ihre Kassen zu füllen. Sie konnten Feste veranstalten, die eben durch ihre Mitwirkung einen bestimmten Reiz erhielten; sie konnten Vorstellungen, Vortragsabende usw. herrichten, deren Erlös in die Genossenschaftskasse wanderte. So kam allmählich die Organisation zu starken, wohlgefüllten Kassen. Im ersten Zustande ihres Daseins beschränkte sie sich auf eine sozusagen friedliche Standesarbeit: sie schuf Unterstützungskassen und verhandelte mit den Direktoren gemeinsam über die Standesinteressen der Schauspieler. Wir wollen diese friedliche Arbeit und diese Verhandlungen keineswegs unterschätzen, aber wer auch nur oberflächlich die Geschichte der gewerkschaftlichen Bewegungen kannte, wußte auch, daß die Stunde der Trennung kommen würde. Der einzelne Direktor, überhaupt das einzelne Mitglied eines Standes kann einen Standpunkt einnehmen, der sich über die engen Privatinteressen erhebt; wenn aber vom ganzen Stande die Rede ist, muß man mit den Standesinteressen als mit dem Ausschlaggebenden rechnen, und da nun die Standesinteressen der Direktoren und der Schauspieler sich in manchen Punkten feindlich treffen, so mußte notwendig auch die Stunde kommen, in der Schauspieler und Direktoren sich feindlich trafen. Der Konflikt entzündete sich in diesem Falle an den Verhandlungen über einen Vertragsentwurf; der Entwurf, den die vereinigten Direktoren angenommen hatten, stieß in den Kreisen der Schauspieler auf leidenschaftlichen Widerspruch. Da der Engagementsvertrag geradezu die Grundlage der wirtschaftlichen Lage des Schauspielers ist, begreift es sich leicht, daß der Kampf gerade hier zum Ausbruch kam. Die freundschaftlichen Beziehungen zu den Direktoren wurden abgebrochen, die Schauspieler gaben ihrem Fachorgan zum Zeichen des veränderten Kurses den Namen „Der neue Weg", und der Kampf begann. In wie großer Menge sich der Zündstoff angesammelt hatte, das ging am besten aus dem ungeheuren Jubel hervor, mit dem der Ausbruch des Kampfes vom ganzen Stande begrüßt wurde. Die Mitgliederzahl der Organisation schwoll mächtig an, die Kassen füllten sich wie nie vorher. So stehen wir nun einem organisierten Kampf der gesamten deutschen Schauspieler um ihre Lebenshaltung gegenüber, und zwar einem Kampf, der wie alle anderen gewerkschaftlichen Kämpfe im Gegensatz zum Unternehmertum ausgefochten wird.

Zunächst mag eine unerquickliche Folge vermerkt sein. Jede erwachende gewerkschaftliche Bewegung ruft beim Gegner zunächst den Wunsch hervor, sie mit allen möglichen Mitteln in der Oeffentlichkeit zu diskreditieren. Die Aktion der Schauspieler gegen den Theaterdirektor Zickel hat eine Reihe von Folgeerscheinungen hervorgerufen, die in dieses Kapitel gehören. Glücklicherweise ist diese ganze Periode der moralischen Diskreditierung nur eine der Kinderkrankheiten der gewerkschaftlichen Bewegungen, und da sie auch in diesem Falle bald vorüberging, können wir sie ruhig verlassen, nachdem wir sie erwähnt haben. Die nächste und natürliche Folge wird weiter sein, daß die geistigen Arbeiter, die man Schauspieler nennt, ihre wirtschaftliche Lebenslage bessern werden. Was das für sie selber bedeutet, liegt auf der Hand; die Frage für uns aber lautet: „Was bedeutet das für uns andere?" Wer die jahrelange Arbeit kennt, die man daran gewandt hat, das Interesse der Schriftsteller für wichtige Standesfragen zu wecken, wird wissen, wie schwer es ist, gerade den geistigen Arbeiter für wirtschaftliche Vorschläge zu interessieren. Der Kampf der Schauspieler nun, der eines gewissen großen Zuges durchaus nicht entbehrt, bedeutet den ersten großen praktischen Schritt im wirtschaftlichen Kampfe der geistigen Arbeiter. Das wirtschaftliche Erwachen des geistigen Arbeiters aber wird wiederum für die geistige Kultur von großer Bedeutung sein, weil solchen Herrschaften ein Gegengewicht geboten wird, die die geistige Kultur zu einem unsauberen Geschäft erniedrigen. Im besonderen aber wird meines Erachtens die Theaterkultur aus der gewerkschaftlichen Bewegung der Schauspieler Nutzen ziehen. Jede gewerkschaftliche Bewegung reinigt die Betriebe der Unternehmer, und diese wirtschaftliche Reinigung wird ohne Zweifel eine künstlerische im Gefolge haben, schon weil sie viele gewissenlose Existenzen hinwegschwemmt, die zur Herabwürdigung der künstlerischen Zustände das ihrige beitrugen. Die geschäftliche Solidität der Bühnen wird zunehmen. Das

ist vom Standpunkt der Kunst aus mit hoher Genugtuung zu begrüßen — die geschäftliche Unsolidität nämlich, die nach großen unsicheren Ramschgewinnen trachtet, ist der Todfeind aller künstlerischen Theaterkultur. Ist erst die Bewegung so weit fortgeschritten, daß sich geschäftliche und künstlerische Solidität als eine notwendige Folge ergeben, dann werden auch die anständigen Direktoren einsehen, daß eine starke Schauspielerbewegung ihnen manches Gute bringt. Und dann wird viel von der Bitterkeit schwinden, die sich gelegentlich noch in allerlei Zeitungsnotizen Luft macht.

Sieg des Fremdenhasses in Zürich.

Aus Zürich wird geschrieben:

Einen Sieg des wüstesten ordinärsten Chauvinismus bedeutet die Nationalratswahl, die am Sonntag in Zürich stattfand. Sie stand im Zeichen eines Wahlkampfes, wie ihn Zürich, nach Angabe des „Volksrechts", bisher noch nicht erlebt hat. Die Ausländerhetze, die ja bei Schweizer Patrioten zum guten Ton gehört und sogar in normalen Zeiten unerträglich wirkt, feierte in diesen Tagen wahre Orgien. Dieselben Leute, die vor jedem nichtswürdigen Faulenzer, der in den teuren Hotels sein gestohlenes oder sonstwie ergaunertes Geld verpraßt, in hündischer Demut auf dem Bauche rutschen, sie inszenierten mittelst Flugblättern und Inseraten eine Hetze gegen die Nichtschweizer, die ihresgleichen nicht hat.

Und der Grund? Die Sozialdemokraten Zürichs hatten gewagt, dem Kandidaten der Regierungspartei den Genossen Manz-Schäppi entgegenzustellen, der zwar seit 30 Jahren in der Schweiz ist, seit 20 Jahren in der Züricher Schulpflege aktiv tätig ist, seit 10 Jahren Stadtrat und Kantonsrat (Landtagsabgeordneter), seit 1½ Jahren Züricher Waisenrat ist — der aber die ersten Windeln in Deutschland und nicht in der Schweiz genäßt hat. Der Kandidat der Regierungspartei aber, ein Züricher Rechtsanwalt Schmid, war im Kreise selbst, in dem im Umkreise von 10 Kilometern schon herzlich unbekannten Hedingen bei Zürich geboren, war in eine Hedinger Schule gegangen, aß nur Kartoffeln, die aus Hedingen kamen, trank nur Milch von Hedinger Rindvieh, verteidigte als Anwalt vornehmlich die Gauner seiner engeren Heimat und hatte testamentarisch verfügt, dereinst zwischen diesen seinen Landsleuten begraben zu sein — und daraus hatte seine Partei seine Befähigung zum Nationalrat abgeleitet. Mit diesen Charaktereigenschaften ihres Kandidaten zogen sie in den Wahlkampf; alles, was nicht aus Hedingen kam, in den Kot ziehend. Daß dieser Kandidat Schmid in seiner bisherigen Tätigkeit im Kantonsrat Blamage auf Blamage gehäuft hatte, daß er erst vor wenigen Tagen vom Staatsanwalt bestätigt erhalten hatte, daß er ein riesiges Kamel ist, der als Jurist den Himmel für einen Dudelsack ansieht — seine von ihm betriebene Anklage gegen die Teilnehmer des Generalstreiks wegen „Aufruhr" wurde ihm vom Staatsanwalt zerfetzt vor die Füße geworfen — daß der Mann als Politiker und als Redner ein bemitleidenswertes Häufchen Unglück darstellt — das alles deckte man mit dem Mantel der chauvinistischen Verblödung zu, ebenso wie man es verschwieg, daß der sozialdemokratische Kandidat drei seiner in der Schweiz geborenen Söhne im schweizerischen Heere aktiv hat, daß ein anderer seiner Jungens bereits Reallehrer in Zürich geworden ist, daß er selbst seit 30 Jahren öffentlich tätig, daß er Präsident der Landesorganisation der Partei und Mitglied der Geschäftsleitung der Partei der Schweiz ist. Er war ein „Ausländer" — und das genügte dem bedauernswerten Bauerntroß, in großen Gewalthaufen für ihren Hedinger Advokaten einzutreten. Nie hat verbohrter chauvinistischer Stumpfsinn größere Triumphe gefeiert als bei dieser Wahl!

Der Ausgang der Wahl ist charakteristisch für die Rolle, die der Chauvinismus in der Schweiz spielt. Je mehr das Land „verfremdet" wird (nach der letzten Volkszählung gibt es bereits 565 000 Ausländer in der Schweiz, d. i. 15 %), desto mehr sucht man offiziell die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Auslande durch den Mantel mordpatriotischen Maulheldentums zu verdecken. Da der echte Schweizer zu patriotisch ist, um Arbeiter zu werden — die Tätigkeit als Hotelportier, Stiefelwichser, Eisenbahner, Postbeamter usw. dünkt ihm ehrenvoller — kommt die schweizerische Industrie ohne die ausländischen Arbeiter längst nicht mehr aus; alle Einsichtigen wissen, daß, wenn z. B. Deutschland mobilisiert, sämtliche Schweizer Fabriken stillstehen. Hervorragende Gelehrte mahnen seit langer Zeit den Bundesrat, endlich an der Lösung der Ausländerfrage mitzuhelfen, weil totsicher der Zustrom der Fremden binnen 40 Jahren die Schweizer in der Schweiz in die Minorität bringe. Einzelne Städte, wie Genf, Zürich, Schaffhausen und Basel zählen schon heute bis zu 40 % Ausländer unter ihren Bewohnern und mehrere Berufe sind überhaupt schon lange ausschließlich in den Händen der Ausländer. Aber anstatt die Ursachen zu begreifen oder auch nur zu studieren, sieht der „echte" Schweizer nur die Verdrängung des „Volks der Hirten", schimpft die Ausländer heimlich und öffentlich „Chaibe Schwoben" oder „Verreckte chaibe Tschinggen" und benutzt gern eine Gelegenheit wie es diese Wahl am Sonntag war, um sich seinen blöden Zorn gegen die Fremden vom Halse zu stimmen. Ja, dieser Mordspatriotismus geht sogar über die Kreise der Bauern und Bürger hinaus! Sogar tausende von Arbeitern sind angesteckt worden und nicht einmal die Parteigenossen sind alle von dieser Seuche verschont geblieben! Die Grütlianer mußten erst 1912 von der Geschäftsleitung der Partei gezwungen werden, Ausländer als gleichberechtigte Genossen zu behandeln, wie überhaupt ein ausländischer Genosse, und wäre er seit Jahrzehnten in der Partei tätig, nie sicher ist, gelegentlich offen als Ausländer beschimpft zu werden. Erst in der letzten Sitzung der Züricher Arbeiterunion wurde die Beschwerde eines Vertrauensmannes behandelt, der seit 12 Jahren in der Schweiz, seit 9 Jahren in Zürich tätig ist, und trotzdem wegen einer leisen Kritik am Parteiorgan von einem sozialdemokratischen Bezirksrichter und einem sozialdemokratischen Schulpräsidenten als chaiber Schwob beschimpft worden war, der „kaum in die Schweiz gekommen, schon das Maul aufreißt!!" Es ist deshalb kein Wunder, daß dieser Geist unter den gänzlich unaufgeklärten Bauern und Kleinbürgern Triumphe feiert. Da gibt es halt noch viel Moder und Schutt zu beseitigen, Aberglauben zu überwinden und Aufklärung zu verbreiten, so sehr man auch manchmal schier am Erfolg verzweifeln möchte!

Die Stimmenzahl beweist, daß in der Tat die Ausländerhetze gesiegt hat. Der Hedinger Advokat erhielt 10 700, der Sozialdemokrat nur 5400 Stimmen. Wenn die Parole nur gewesen wäre: hie Ordnung! hie Umsturz! so wäre ein ganz anderes Resultat herausgekommen. Es haben mithin nicht nur die bürgerlichen Proporzfreunde versagt, die für den gehässigsten Proporzfeind Schmid einmütig gestimmt haben, sondern es haben auch die Arbeiter versagt, die zu einem erheblichen Teil kopfscheu geworden sind, die zwar nicht für den Aufruhrjuristen gestimmt, die aber zum mindesten sich der Stimme enthalten haben. Und das beweist wiederum eindringlich, wie weit die theoretische Aufklärung der Arbeitermassen noch zurück ist. Greulich und Robert Seidel, die auch Ausländer waren, konnten gewählt werden, weil zu ihrem Wahlkreise fast ausschließlich Proletarier gehören, weil die dort so zahlreich sind, daß die Bürgerlichen gar nicht erst Anstrengungen machen, sie zu verdrängen. Manz-Schäppi aber mußte unterliegen, weil einstweilen der Chauvinismus in der Schweiz noch weit stärker ist als die kapitalistische Klassenscheidung und die kapitalistischen Interessen. Das beweist am besten der Verrat der Proporzfreunde, die früher in vielen Fällen offen für den Sozialdemokraten als für den Freund des Proporzes stimmten, die aber diesmal lieber dem Feind des Proporzes als dem „Ausländer" ihre Stimme gaben. Und das wird auch dem bevorstehenden Parteitag der schweizerischen Sozialdemokratie Veranlassung geben, sich mit dieser Wahl und ihren Lehren eingehend zu beschäftigen.

Aus der Jugendbewegung.

Der schlesische Jugendrummel. Schlesien stand in den letzten Wochrn im Zeichen des nationalen Jugendrummels. Am 17. August fand bei strömendem Regen und total aufgeweichtem Boden eine große nationale Jugendfeier zur Erinnerung an die Schlacht an der Katzbach in der Nähe von Liegnitz in Anwesenheit von 12 000 Jugendlichen statt. Im Anschluß an diese Feier starb ein Teilnehmer kurz nach seiner Heimkehr. Er wurde am Morgen nach der Katzbachschlachtfeier von seinem Bruder tot im Bett gefunden. Herzschlag infolge der großen Strapazen vom Tage vorher soll die Ursache des Todes gewesen sein. Am Sonnabend, dem 30. August, waren wieder über 20 000 Jungdeutschlandleute, Schuljungen und Schulmädchen, aus ganz Schlesien nach Breslau zusammengetrieben, um Wilhelm II. und seiner Frau zu huldigen. Fast vier Stunden mußten die Bedauernswerten auf einem Platze vor dem königlichen Schloß eng zusammengedrängt im glühenden Sonnenbrand warten, ehe sie „huldigen" konnten. Während dieser langen Zeit fielen die den Sonnenstrahlen am meisten ausgesetzten Jungen und Mädchen wie die Fliegen um. Nicht weniger als rund 150 Opfer dieser „Huldigung" mußten die Sanitätsmannschaften in Behandlung nehmen. Als dann endlich Wilhelm II. mit seiner Familie erschien und den Dank der schlesischen Jugend durch den Mund des Oberpräsidenten von Schlesien für die Schenkung des Forts Silberberg entgegengenommen und die Jungen den Kaiser angehocht, die Mädchen einen „Hofknix" vor der Kaiserin gemacht hatten, konnten die zum Teil schon sehr erschöpften Teilnehmer an der Huldigung nach fünfstündigem Aufenthalt in glühender Sonne wieder abziehen. Für die von auswärts nach Breslau gekommenen Teilnehmer an der Huldigung hatte die Bahn mehrere Sonderzüge eingestellt. Die Teilnehmer wurden zu den der Arbeiterjugend versagten Preisermäßigungen befördert. Außerdem wurden sie auf Kosten aller Steuerzahler in den Kasernen verpflegt. Für einen Teil der Jugendlichen schien es nicht mehr auf Nachtlager in den Kasernen gereicht zu haben, denn man fand in den frühen Morgenstunden des Sonntags zahlreiche noch recht jugendliche Jungdeutschlandmänner in Uniform auf Bänken in den Anlagen der Stadt schlafend vor. Am Sonntag fand abermals ein großer patriotischer Jugendrummel im Beisein des Kronpriuzen in Rogau bei Zobten statt, von wo aus 1813 die Lützower Jäger auszogen. Die Kosten für das am Abend vorher von etwa 5000 Jugendlichen bezogene Biwak, deren Beköstigung usw. fallen wieder der Allgemeinheit der Steuerzahler zur Last. Auch bei diesem Fest fehlte es nicht an kleinen Unfällen und Erkrankungen. Damit haben die Erinnerungsfeiern der nationalen Jugend in Schlesien ihr vorläufiges Ende erreicht. Niemand wird damit zufriedener sein, als die zahlreichen Handwerksmeister und Kleingewerbetreibenden, die fortwährend um Urlaub für ihre Lehrlinge angebettelt wurden und aus Furcht vor wirtschaftlichen Nachteilen nicht ablehnen durften.

Aus dem Gerichtssaal.

Aus dem Dunkel einer Kasernenstube. Vor einiger Zeit wurde der Musketier Henze von der ersten Kompagnie des Infanterieregiments Nr. 27 in Halberstadt vom Kriegsgericht wegen Achtungsverletzung verurteilt. Im Laufe der Verhandlungen bekundete Henze, daß er von dem Sergeanten Fischer — gegen den er die Achtungsverletzung begangen haben sollte — durch mehrere Schläge an den Kopf und durch einen Stoß mit einem Gewehrreinigungsstock mißhandelt worden sei; auch der Musketier Kirchner habe einen Stoß mit dem Reinigungsstock erhalten. Da der Sergeant die Mißhandlungen bestritt, wurde gegen Henze auch noch Anklage wegen verleumderischer Beleidigung eines Vorgesetzten erhoben. Bei den in Rede stehenden Vorfällen waren zahlreiche Zeugen zugegen, so daß sich die Verhandlung vor dem Kriegsgerichte der 7. Division in Magdeburg sehr umfangreich gestaltete. Der angeklagte Musketier wiederholte mit großer Bestimmtheit seine Behauptungen, aber keiner der Zeugen bestätigte seine Angaben, obwohl der Verhandlungsleiter jeden einzelnen dringend davor warnte, sich des Meineids schuldig zu machen. Selbst der Musketier Kirchner konnte sich nicht mehr entsinnen, daß er einen Stoß mir dem Gewehrreinigungsstock bekommen hatte. Die Folge davon war, daß der Angeklagte zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Der beleidigte Sergeant, der übrigens wegen Mißhandlung Untergebener schon vorbestraft ist, wurde als Zeuge nicht vereidigt, weil er eines nervösen Leidens wegen nicht über die Tragweite eines Eides im klaren sei! Wegen dieses nervösen Leidens ist der Sergeant inzwischen auch schon vom Dienst suspendiert worden. Eine recht nachdenkliche Geschichte!

Immer noch die geschüttelte Wahlurne. Die Prozesse aus Anlaß der Reichstagswahl in Schlesien hören nicht auf. Der Töpfer Volk aus Trebnitz im Kreise Heydebrand hatte in seinem Mißtrauen den Versuch gemacht, die Wahlurne kurz vor Beginn der Stimmenzählung zu schütteln, der Wahlvorsteher, Freiherr von Seher-Toß, entriß ihm aber die Urne, so daß er zu dem beabsichtigten Schütteln nicht kam. Die darauf folgende Klage wegen Anmaßung einer amtlichen Eigenschaft wurde vom Amtsgericht und Landgericht mit Freispruch beantwortet, da es sich nur um den Versuch einer solchen Anmaßung gehandelt habe. Das Reichsgericht hielt auch den Versuch schon für strafbar und verwies die Sache zurück. Jetzt beantragte der Staatsanwalt wegen dieses schweren Verbrechens einen Monat Gefängnis und das Landgericht Oels erkannte auf zwei Monate Gefängnis! — Ein unerhörtes Urteil!

Aus Nah und Fern.

Große Diebstähle auf dem Lehrter Güterbahnhof in Berlin sind am Mittwoch entdeckt worden. Mehrere Eisenbahnbeamte sind daran beteiligt. Der Haupttäter, der am Lehrter Güterbahnhof angestellte Beamte O. ist bereits verhaftet worden. Es sind Wagenladungen, besonders große Porzellanladungen, die für ein Berliner Warenhaus bestimmt waren, in letzter Zeit von der Diebesbande systematisch bestohlen worden.

Ein unvorsichtiger Schütze. Aus der vierten Etage eines Hauses am Weidenweg in Berlin gab gestern ein dort wohnender 18jähriger Mensch aus einem Gewehr einen Schuß auf das Schulgebäude in der Eckertstraße ab, während die Kinder in den Schulzimmern saßen. Ein Kind namens Hackelbusch wurde dabei an der Stirn leicht verletzt, ein zweites gestreift. Nach den Ermittelungen der Polizei handelt es sich nicht um einen Anschlag auf das Schulgebäude, sondern vielmehr um die Tat eines minderjährigen Menschen, der bei einer Schießübung mit einer Luftdruckbüchse versehentlich in die Richtung des Schulgebäudes schoß.

Was war der Grund? Die Besitzerin des Augusta-Bades in der Köpenickerstraße in Berlin, die Witwe Reinsch, wurde gestern abend von dem Bademeister Auer erschossen. Der Mörder flüchtete und konnte bisher nicht ergriffen werden.

Opfer der Aviatik. Leutnant v. Eckenbrecher und Leutnant Prinz unternahmen gestern vormittag auf einer neuen Rumpler-Taube, die zusammenlegbar ist, einen Flug auf dem Heidauer Exerzierplatz bei Brieg. In einer Höhe von 80 Metern hakte der linke Flügel des Flugzeuges aus, das Flugzeug schlug um und stürzte ab. Beide Offiziere waren sofort tot. Das Flugzeug wurde vollständig zertrümmert. Nach dem Absturz wurden die militärischen Übungen sofort abgebrochen.

Giftige Pilze. In Grabitz bei Birnbaum aßen drei Kinder eines Ansiedlers Fliegenpilze. Die Kinder sind daran gestorben.

Um ein Kind. Der Bergmann Schusbern in Bottrop feuerte auf die Frau des Bergmanns Bapazejak, die sein Kind geschlagen hatte, vier Schüsse ab und zertrümmerte ihr mit einem Hammer den Schädel. Der Täter wurde verhaftet.

Vorsicht vor Tollkirschen. In Hohenkammer in Oberbayern fanden Pfleglinge der Kleinkinderschule bei einem Spaziergange mit Ordensschwestern Tollkirschen. Sie aßen in einem unbewachten Moment davon. Ein Pflegling ist bereits gestorben, die anderen fünf sind schwer erkrankt.

Gepriesen sei die Wehrvorlag'! Es gibt noch Menschen, denen wahrer Patriotismus kein leerer Wahn ist. Zum Beweise diene das folgende reizende Poem, das am vorigen Donnerstag bei dem Gastmahl eines Wilmersdorfers Bauunternehmers zu Ehren des Gastgebers gesungen wurde:

Und warum ist er heut so frei,
Daß er spendiert die „Schweinerei"?
Dran ist die Wehrvorlage schuld,
Denn beim Herrn Kriegsminister
Steht Martin in gar großer Huld.

Er kriegt Kasernenbauten viel,
Die baut er jetzt im „Besen-Stil":
Hauptsach' ist, daß es Geld für gibt!
Bei den Kommiß-Soldaten
Ist zu viel Kunst ja nicht beliebt.

Die Dächer werden schwarz gedeckt,
Die Wände weiß dann, wie geleckt,
Der Sockel prangt im schönsten Rot,
Verbildlicht ewige Treue
Der stolzen Fahne schwarz-weiß-rot.

Gepriesen sei die Wehrvorlag',
Die uns beschied den heut'gen Tag!
Mit Eisbein, Kohl und Erbspüree,
Das Martin uns spendieret,
Und Bier und Schnaps à liberté.

Mit der Dichtkunst des Wilmersdorfer Hofpoeten ist es, wie man sieht, nicht allzuweit her. Dafür ist sein Patriotismus aber um so wurzelechter — gründet er sich doch auf den soliden Untergrund staatlicher Millionenaufträge!

Das Ende vom Liede. Aus Kreuznach wird berichtet: Bei einer unvermuteten Revision der städtischen Salinenverwaltung wurden die Bücher in Unordnung gefunden. Der schuldige Beamte Grub hat sich erschossen.

Schiffsunglück. Bei der Ausfahrt aus dem Hafen von Dünkirchen wurde ein französisches Segelschiff „Notre Dame de France" von dem einlaufenden Dampfer „Svendsen" angerannt. Ein junger Matrose ist ertrunken.

Weitere Opfer der Bergkrazelei. Drei Prager Touristen, Dr. Steiner und zwei Studenten, deren Namen noch unbekannt sind, sind gestern nach der Besteigung des Habichts in den Stubaier Alpen beim Abfahren über ein steiles Schneefeld verunglückt. Die beiden unbekannten Touristen haben schwere innere Verletzungen, Dr. Steiner einen Schenkelbruch erlitten. Alle drei sind zur Innsbrucker Hütte gebracht worden. — Der Konditor August Rolegaus aus Brand bei Bludenz stürzte auf einer Bergtour auf die Scesaplanagruppe eine steile Felswand hinunter in den Lünersee. Die Leiche ist noch nicht geborgen.

Eigenartige Durchstechereien. Fünf Telephonfräulein in Paris wurden vor das Disziplinargericht zitiert, weil sie einem Getreidemakler vor allen anderen Abonnenten die Verbindungen herstellten und seine Konkurrenten während der Börsenstunden stundenlang vom Verkehr abschnitten, indem sie die von diesen gewünschten Verbindungen stets als besetzt bezeichneten. Der Getreidemakler bezahlte die Angeklagten reichlich. Erst nach einigen Monaten wurden die Durchstechereien jetzt zufällig entdeckt.

Die Cholera in Rumänien. Das furchtbare Morden auf dem Balkan mußte schwere Seuchen im Gefolge haben. Für die am Kriege beteiligten Staaten besteht vor allem die Gefahr, daß die Cholera, die während des Krieges bereits zahlreiche Opfer forderte, mit den zurückkehrenden Truppen ins Land eingeschleppt wird. Auch das am Kriege beteiligte Rumänien ist jetzt ein Herd der Cholera geworden. Aus allen möglichen Teilen des Landes, besonders aber unter den aus Bulgarien zurückkommenden Regimentern werden Choleraerkrankungen gemeldet. Zwar bemüht sich die rumänische Regierung, die Wirkungen der furchtbaren Epidemie nach Möglichkeit zu vertuschen, jedoch mußte amtlich zugegeben werden, daß bereits am 28. August 139 Choleraerkrankungen, wovon 53 tödlich verliefen, festgestellt wurden. Das Wasser der Donau ist infiziert, so daß die Seuche noch größeren Umfang annehmen dürfte. Von befreundeter Seite geht dem „Vorwärts aus Bukarest eine Warnung an deutsche Arbeiter zu, in Rumänien Arbeitsgelegenheit zu nehmen. Die Gefahr einer Verseuchung des Landes sei um so größer, als die sanitären Zustände alles zu wünschen übrig lassen. Unter der armen Bevölkerung, die noch ganz unter dem Einfluß der Geistlichkeit stehe, sei durch die Erhaltung in völliger Dummheit und Unwissenheit eine große Gleichgültigkeit gegen Schmutz zu finden. Es bestehe daher große Gefahr, daß deutsche Arbeiter, die in Rumänien Arbeitsgelegenheit nehmen, diesen unglaublich schlechten sanitären Zuständen zum Opfer fallen.

Würgengel Cholera. Aus Bukarest, den 4. September, wird gemeldet: Die Gesamtzahl der Cholerafälle beträgt 554, darunter 57 neue; 23 Fälle verliefen tödlich, 19 Fälle wurden geheilt. Außerdem liegen noch 59 Kranke in den Militärlazaretten.

Das schnellste Schiff der Welt. Der russische Torpedojäger „Novik", von 1400 Tonnen Deplacement, der nach den Plänen der Vulkan-Werke in Hamburg und Stettin gebaut und mit einer von den Vulkan-Werken hergestellten

Turbinen- und Kesselanlage ausgerüstet ist, erzielte vor Swinemünde bei der offiziellen Meilenfahrt mit vorschriftsmäßiger Belastung eine mittlere Geschwindigkeit von 37 Knoten. Die höchste gemessene Geschwindigkeit betrug 37,3 Seemeilen pro Stunde. Während der ganzen Fahrt zeigte sich an den Schornsteinen der durchweg mit Heizöl gefeuerten Kessel nicht die geringste Rauchentwicklung. Auch im übrigen verlief die Fahrt, bei der trotz der enormen Geschwindigkeit die Maschinen und Kessel durchaus nicht bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beansprucht wurden, ohne jede Störung und zur größten Zufriedenheit der Abnahme-Kommission, die sich aus einer Anzahl hoher russischer Seeoffiziere und Marinebeamten zusammensetzte. Hiermit hält der „Novik" den Weltrekord als schnellstes Schiff.

Wahnsinnstat. In Mühlhausen in Württemberg steckte der Lehrer Wagner an vier Stellen Feuer an. Als er festgenommen werden sollte, schoß er acht Personen tot und verletzte zehn Personen schwer. In einem Stall wurde Wagner gefaßt und von den Verfolgern so bös zugerichtet, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Man glaubt, daß Wagner, der noch 250 Patronen bei sich führte, in einem Anfall von Wahnsinn die schreckliche Tat begangen hat.

400 Läden vernichtet. Aus Konstantinopel wird berichtet: Bei einem Brande in Tschorun in Kleinasien sind 400 Kaufläden vernichtet worden.

21 Tote. Aus Neuyork wird gemeldet: Die Liste der Toten bei dem Eisenbahnunglück in Wallingford ist auf 21 gestiegen.

Theater und Musik.

Im Sommertheater in den Stadthallen gelangte gestern Schnitzlers Schauspiel „Liebelei" zur Aufführung. Es ist ein Stück von intimem Reiz, diese Tragödie des kleinen Wiener Mädels, das mit starkem, reinen Empfinden an einem jungen Mann hängt, von dem es Gegenliebe, wenn auch nicht auf ewig, erwartet; dem es aber in Wirklichkeit nur ein flüchtiger Rausch war. Und die letztere bittere Erkenntnis bricht Christine, so heißt das Mädel, das Herz. Daß ein Schauspiel, das nicht auf den äußeren Effekt zugeschnitten ist, sondern von innen heraus, gewissermaßen durch seine Seele, wirken soll, einer besonders feinstilisierten Wiedergabe bedarf, ist selbstverständlich. Eine solche konnte man gestern nicht durchweg beobachten. Als Ort der Handlung gibt der Theaterzettel Wien an. Wo aber blieb der Wiener Dialekt, wo die wienerische weiche übermütig-wehmütige Stimmungsmischung, ohne die man sich „Liebelei" eigentlich garnicht denken kann? Mit echter Empfindung, schlicht und innig, gab Frl. Reichardt die Christine; nur war sie kein Wiener Mädel. Resch und fesch spielte Frau Heydecker die leichtfertige Mizzi Schlager. Die Künstlerin war die einzige, welche Dialekt sprach und deshalb nicht recht zu ihrer Umgebung passen wollte. Von den übrigen Mitwirkenden ist mitzuteilen, daß sie sich nach Kräften um ihre Rollen bemühten, ohne ihnen immer gerecht zu werden. Ein nicht unerheblicher Teil des Publikums stand den Vorgängen auf der Bühne völlig fremd gegenüber. Bei den prachtvollsten, innigsten Szenen zerriß blöde, verständnislose Heiterkeit die Stimmung. So machte sich jedenfalls „Puppchen als Erzieher" bemerkbar. P. L.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Für Wäsche und Hausputz unentbehrlich!
Henkel's Bleich-Soda
Henkel & Co Düsseldorf.
Seit 38 Jahren im Gebrauch und bestbewährt!
6568

Logis
zu vermieten.
6584) Hinter der Burg 9.

Ein leeres Zimmer
zum 1. Oktober zu vermieten.
6589) Reiferstraße 6, I.

Ein möbl. Zimmer
zu vermieten.
6567) Schützenstraße 45 a, II.

6armige Petroleumkrone
billig zu verkaufen.
6582) Percevalstraße 29, part.

Ein Kinderklappstuhl
zu verkaufen. Engelsgrube 59, II.
Im Hinterhaus von Jenssen. (6590

Waschbalge, Tisch, Stühle und eine **Damen-Winterjacke** zu kaufen gesucht. Angebote unter **T S** an die Expedition dieses Blattes. (6571

20 Zugänger
70—90 Pfd. schwer billig zu verkaufen.
6592 **Josephinenstr. 23.**

Fetten und magern Speck bei Abnahme v. 4 Pfd. pr. Pfd. **95 ₰**
Weißes Schmalz bei Abn. v. 2 Pfd. pr. Pfd. **80 ₰**
Gek. Mett- u. Leberw. Pfd. **90 ₰**
Fettes Kalbfleisch . . Pfd. **90 ₰**
Kuheuter . . . . . Pfd. **65 ₰**
Schweinefl., Bratenfl. Pfd. **85 ₰**
Karl Lahrtz, Böttcherstr. 14-16
vorm. M. Lahrtz. (6565

6585) **Ziegenfleisch**
29 Marktallenstand 29.

Billig! Billig!
Gr. Sendung ff. Pflaumen
Pfd. 7 Pfg., 10 Pfd. 65 Pfg., hat heute und folgende Tage abzugeben
6570) **Fr. Thomsen,** Vorbeckstr. 12.

Starke Brennabor-
Größte Auswahl! Billigste Preise!

Blockwagen } alle Größen, auch als
Leiterwagen } Transportwagen.
Kinderbreaks von 9 M. an.
Straßenrenner von 8.50 M. an.
Orig. fl. Holländer von 11.50 M. an.
Puppenwagen u. Puppensportwagen
Karl Schulmerich
Mühlenstraße 28. (6583

Zwetschen
süße Thüringer Ware,
10 Pfd. **65** Pfg. (6577
J. Schröder, Ziegelstr. 14.

Meiereibutter
Pfund **120** ₰
Weißes Schmalz
Pfund **75** ₰
Margarine
Pfund **60, 70 und 75** ₰
Schweizerkäse
Pfund **88** ₰
Holländer Käse
Pfund **88** ₰
Tilsiter Käse I.
Pfund nur **80** ₰
Schnittig. Fettkäse
Pfund nur **60** ₰
Ernte-Käse
Pfund **40** ₰, gz. Brod. **35** ₰
8 Eier 60 ₰.
Eduard Speck
6593) Hüxstraße 80/82.

Zwetschen
große süße Frucht in bekannter Güte,
6581) 10 Pfd. 60 Pfg., 100 Pfd. 5.50 Mk.
Aug. Westphal, Ludwigstr. 69.

Der
Neue-Welt-Kalender
für 1914
Preis 40 Pfg.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

PUCK
DIE NEUE QUALITÄTS-
3 Pfg.
CIGARETTE
m/Gold
m/Hohlmdst flach
Glittert

GEORG A. JASMATZI A.G. DRESDEN
GRÖSSTE DEUTSCHE CIGARETTENFABRIK
6575

F. Meyers Schuhlager
Hüxterdamm 2.
Solide Schuhwaren
in allen Preislagen zu billigen Preisen.
Arbeitsstiefel in bester Handarbeit.
Verschiedene zurückgesetzte und braune **Schuhwaren** zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Werkstatt für gute Reparaturarbeit. (6464

Sonnabend und Sonntag geben wir auf jedes Pfund echt holst. vegt. Margarine **Eigelbpflanzenbutter** Marke H. B. Pfund 90 Pfg.
1 großen Topfkuchen gratis!
1. Sorte holst. Meierei-Tafelbutter Pfd. 1.35 Mk.
Holsteinisches Butterhaus **Königstr. 48a.**
G. Heinr. Flörke, Komm.-Ges.
Jeder Kunde verlange eine Legitimationskarte für unsere Todesfall-Unterstützung (100 Mk.). (6591

Empfehle
sämtl. Fleisch-, Wurst- und Aufschnittwaren
in prima Qualität.
Gustav Wietzke,
Mühlenstraße 81. (5216

Käselager Oldekop
nur Hüxstraße 83/85.
Noch nie dagewesen.
Tilsiter Vollfett
Pfd. 50, 60 u. 70 Pfg.
Trotz dieser bill. Preise 5% Rab.
Verkauf nur Hüxstr. 83/85.

Empfehle zum Sonntag!
Pr. fett. Suppenfleisch **75, 80** ₰
„ Roastbeef mit Filet . . **90** ₰
„ Schmorbraten . . **85, 90** ₰
„ Hammelfleisch . . . . . **90** ₰
„ Hammelkeule . . . . **1.00** M.
„ Rollfl. 1 M. Beefsteak **1.20** M.
„ fetten Kalbsbraten . **1.00** M.
„ Gulasch und Gehacktes **90** ₰
„ Schweinebraten . . . . **90** ₰
„ Kalbfleisch . . . . **75, 80** ₰
„ Fiomschm. **90** ₰, Kalbsf. **70** ₰
„ Gekochte u. Leberwurst **90** ₰
„ Sülze **80**, Braunschw. **70** ₰
Hermann Atmer, Königstr. 48b.

Willi Westfehling
empfiehlt
Uhren Goldwaren
Silberwaren (6594
32 Holstenstraße 32

Meiereibutter
1 Pfd. **120** Pfg.
1 Pfd. **weißes Schmalz 70** Pfg.
1 „ **Blasenschmalz 75** „
8 Stück **Eier 60** „
1 Pfd. geräuch. **Speck 100** „
Holsteiner Käse
1 Pfund **33** Pfg. (6574
Tilsiter Fettkäse
1 Pfund **60** und **80** Pfg.
Holländer Käse
1 Pfund **78** und **88** Pfg.
Schweizer Käse
1 Pfund **88** Pfg.
1 Pfd. **gelbe Bananen 25** Pfg.
1 „ Lissabon. **Weintr. 40** „
1 Dtz. große **Zitronen 70** „
Friedrich Trosiener,
Mühlenstr. 87. Fernruf 215.

Tisch-Messer & Gabeln,
Nickel und Versilberte
Löffel & Gabeln; Scheren, Taschenmesser; Rasier-Apparate & Messer; Waffen,
Patronen & Jagdtaschen,
gut und preiswert. (6765
Messer & Waffen-Haus
Alma Jesschau, LÜBECK Breite Str. 27.

Die Arbeitsgarderoben
von
Bahr & Umlandt
— Breite Straße 31 —
sind anerkannt preisw. u. haltbar.
Zwirnhosen . . **1.40** bis **3.50**
Pilothosen . . **2.50** bis **5.50**
Maurerhosen . **2.90** bis **7.50**
Gen. Cordhosen **4.00** bis **9.50**
Schlosseranzüge **2.80** bis **5.00**
Klapp- u. Bauchhosen in allen Qualitäten.
Trotz der billigen Preise
60) **rote Lubecamarken.**

Gute lange gelbe **Eßkartoffeln** 10 Pfd. 30 Pfg., 100 Pfd. 2.50 Mk., gelbe franz. **Eierkartoffeln** 10 Pfd. 40 Pfg., 100 Pfd. 3.25 Mk., empfiehlt **C. Prestin,** Fleischhauerstr. 60. (6560

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.
Ortsgruppe Moisling.

Mitglieder-Versammlung
am Sonnabend, 6. September
im Lokale der Ww. Schreiber,
Kaffeehaus.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Vortrag des Genossen **Haut** über Kinderarbeit und die Kinderschutzgesetze.
3. Abrechnung vom Sommervergnügen.
4. Verschiedenes.

6572) **Der Vorstand**